

Holzarbeiter-Zeitung.

Beischrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M. 1 pro Quartal, ohne Fringegeb.
Post-Nr.: 3705.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röste, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: G. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Fruchtallee 79/81.

Inserate
für die viergespaltene Beischrift oder deren Raum 40 $\frac{1}{2}$,
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 $\frac{1}{2}$,
Versammlungsanzeigen 10 $\frac{1}{2}$. Beilagen nach Uebereinkunft.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperrt!

Ihrenpflicht jedes reisenden Kollegen ist, von Berlin und Hannover fernzubleiben.

Zur Beachtung!

Des Dinstages wegen muß die Nr. 47 der „Holzarbeiter-Zeitung“ bereits am Dienstag Nachmittag gedruckt und versandt werden. Alle Mitteilungen, die in der betreffenden Nummer noch Aufnahme finden sollen, müssen bereits Montag, den 16. November, Nachmittags, in unseren Händen sein.

Die Redaktion.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mitteilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Zuzug ist ferngehalten von:

- Tischlern nach Nowawes-Neuendorf, Schöningen (W. und G. Helmke und R. Mademacher), Weiskensee (Kraus, Sanghansstr. 22, und Gahn & Mehtor), Bässen in Pommern, Aschaffenburg (Möbelfabrik Schwind), Düsseldorf (Emil Funke), Schwäbisch Gmünd (Sebastian Haas), Igehoe (Ehlers);
- Tischlern, Maschinarbeitern, Drechslern und Polierern nach Mühlborn am Inn, Neusorg (Kempf & Geiger);
- Tischlern und Maschinarbeitern nach Frankfurt a. M. (Fabrik photographischer Apparate von Dr. A. Arlgenner);
- Tischlern, Drechslern und Maschinarbeitern nach Ottersen (Gahne & Witte);
- Modelltischlern nach Celle (A. Westen), Walfel b. Hann.;
- Santischlern und Zimmerern nach Emden;
- Stellmachern und Schreibern nach Dorfeld bei Dortmund (Feldbahnfabrik von Drenstein & Koppel), Delmenhorst (Wagenfabrik von Lönjes);
- Korbmachern nach Corbetta (M. Thieme und F. Muth);
- Drechslern nach Altona (Maack), Hainichen;
- Stickerarbeitern nach Nixdorf (Schmeling & Warta, Thüringerstr. 18);
- Stuhlpolierern nach Dresden (Pfeiffer & Gröschel).

Der „Terrorismus“ der organisierten gegen die unorganisierten Arbeiter.

Es gibt gewisse Lebensarten, die durch ihre ununterbrochene Wiederholung in den Köpfen vieler Leute endlich zu einer fixen Idee werden, an der niemand mehr rütteln darf. Hierzu gehört vor allen Dingen die Lebensart von dem sozialdemokratischen Terrorismus gegen die unorganisierten Arbeiter. Mit offensichtlichem Behagen erregt sich die Scharfmacherpresse darin, ihren Lesern Schauererzählungen aufzuschieben und die „Roheiten, Brutalitäten und Gewalttaten“ der organisierten Arbeiter in den schwärzesten Farben zu malen, wobei es auf faulstüchtige Lügen und handgreifliche Unwahrheiten nicht ankommt. Den Vierbankphilister überläuft jedesmal eine Gänsehaut, wenn er derartige Schauererzählungen liest.

Unsere Kollegen wissen seit langem, wie wir uns zu dem sog. Terrorismus stellen. Noch in Nr. 35 unserer Zeitung fällten wir über „eine verurteilenswürdige Handlungsweise einiger Mitglieder des Holzarbeiterverbandes in Kiel“ ein scharfes Urteil, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Diesen Standpunkt hat unser Verband und dessen Organ von jeher vertreten und es würde unseren Gegnern recht schwer fallen, das Gegenteil zu erweisen. Da müssen wir es denn als eine Verdrehung der Wahrheit und als eine Verdunkelung des Tatbestandes bezeichnen, wenn das Organ des Verbandes der katholischen Ar-

beitervereine sich so anstellt, als ob der Terrorismus, unter dem nichtsozialdemokratische Arbeiter seitens „frei“ organisierter Kollegen zu leiden haben, nun (also erst jetzt!) auch Organen der freien Gewerkschaften zu toll zu werden scheint. Das Blatt druckt nämlich folgende Aeußerung des „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ als Beweis für die erfolgte Umkehr ab:

„In welcher entschiedener Weise die berufenen Organe etwaige Ausschreitungen gegen anders organisierte Berufsgenossen beurteilen, hat jüngst mit herzerfrischender Deutlichkeit die „Holzarbeiter-Zeitung“ bewiesen. In Kiel war nämlich ein christlich organisierter Berufsgenosse bei einem Meister in Arbeit getreten. Die dort anscheinend nur dem Holzarbeiterverbande angehörenden übrigen Arbeiter verlangten nun ohne weiteres den Beitritt zu ihrem Verbande oder sofortige Aufgabe der Stellung. Als der christliche Mitarbeiter sich des einen wie des anderen weigerte, verlangten sie seine Entlassung und legten nach der Ablehnung dieser Forderung einfach die Arbeit nieder. Wir stehen nun wohl gewiß nicht in dem Verdachte der Begünstigung gewerkschaftlicher Zersplitterung, aber von einem solchen Faustrecht wollen wir ebensowenig etwas wissen, wie das Organ der Holzarbeiter, welches diese Art von Agitation verurteilt, das Verlangen der Entlassung aber geradezu unvershämmt und von Wutheit diktiert findet. Die Zahlstellenverwaltung renkte dann die Geschichte wieder ein, indem sie das Verhalten der betreffenden Mitglieder entschieden mißbilligte und die erfolgte Arbeitsniederlegung für ebenso dumm wie ungerecht bezeichnete. An dem auf diese Weise gefeierten Tage war aber ein zweiter christlicher Holzarbeiter eingestellt und als die Wiederanfangenden nun den erklärten, ließen sie ihre Versprechungen des Ruhehaltens zum Teufel fahren und gerieten außer Rand und Band. Die beiden wurden mit Holzstücken beworfen und einer dadurch nicht unerheblich verletzt, weiter wurden denselben die Hüfte total geschnitten und dem einen sogar die Hosentaschen mit einer Substanz gefüllt, welche sich besser erraten als beschreiben läßt. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ nennt dieses Vorgehen einen gemeinen Schurkenstreich, von dem man sich mit tiefstem Ekel abwenden müsse und fordert zu energischen Maßnahmen gegen diese rohen Mitglieder auf. Am Landgerichtsneubau in Leipzig ereignete sich unlängst ein ähnlicher, allerdings wesentlich milderer Fall von Terrorismus. Weil fünf Maurer dem Verbande nicht angehörten und jedenfalls nicht sogleich entsprechenden Zurechtweisungen sich geneigt zeigten, stellten 100 Mann die Arbeit ein; nachdem dann binnen fünf Minuten die gewerkschaftliche Laufe der Indifferenten vollzogen war, wurde am Bau der Hallen Justitias weitergearbeitet. Dergleichen Vorkommnisse scheinen jetzt überhaupt nicht mehr zu den Seltenheiten zu gehören, was bei Bemerkung nur sehr zu bedauern wäre. Die „Breslauer Volkswacht“ machte vor einiger Zeit schon ermahnende Ausführungen in dieser Beziehung und sagte dabei ganz richtig: „Durch das Bewerfen mit Steinen, Verschleiden von Handwerkszeug und Brotlosmachung von Kollegen gewinnt man keine Anhänger unserer Sache. Vielmehr preßt man damit einige Mitglieder, aber mit welchen Gefühlen die zur Organisation gehören, möchten wir nicht untersuchen.“ Ein geistiges Armutzeugniß stellt sich jedoch derjenige aus, der nicht anders als durch Gewalt Kollegen zu seinen Ansichten zu bekehren sucht.“

Das christliche Blatt knüpft hieran die Bemerkung, daß die Mahnung der beiden genannten Gewerkschaftsblätter zu den Ausnahmen gehöre, weshalb es notwendig sei, daß die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft für die Sicherung ihrer persönlichen Freiheit und Ueberzeugung die Gerichte in Anspruch nimmt, d. h. also mit anderen Worten, daß sie bei jeder Gelegenheit zum Stadi läuft.

Diesem Hinweis auf Polizei und Gerichte gegenüber macht es einen eigenartigen und wohlthuenden Eindruck, daß ein Nichtarbeiter, aber ein unparteiischer Mann, Herr Dr. Zimmermann in Berlin, sich der Mühe unterzieht, den Terrorismus einmal psychologisch zu erklären. „Wir verurteilen“, so schreibt er in der „Sozialen Praxis“ vom 15. Oktober, „jede Vergewaltigung Schwächerer, jeden Mißbrauch der Macht aufs schärfste, somit auch alle des Terrorismus in der Arbeiterbewegung, der diese selbst schwer schädigt. Aber wir geben doch zu bedenken, daß bei der üblichen Auffassung eine ganz unberechtigte Verallgemeinerung unterläuft. . . . Es ist verfehlt, gewerkschaftliche Werbearbeit und Terrorisierung als identisch zu beurteilen. Im Gegenteil, die am besten, am längsten und prozentual am stärksten organisierten Gewerkschaften, deren Mitglieder die gewerkschaftliche Erziehung genossen, die durch Rede und Schrift, in Versammlungen und bei der Einzelagitation auf die Kollegen einzuwirken gelernt haben und wissen, daß mehr als persönliche Ueberredung die Arbeitsverhältnisse und die Vergünstigungen, die eine große Organisation zu gewähren vermag, die Leute in die Gewerkschaften hineintreiben, also gerade das am vollendetsten entwickelte Gewerkschaftswesen verschmäht diesen terroristischen Mitgliederfang durchaus, weil er die Arbeiterschaft kompromittiert und die Organisationen nur mit unsicheren Rantonissen belastet.“

Zur gerechten Beurteilung des Terrorismus gehört indes noch ein anderes: die richtigen Maßstäbe anzulegen. Die Arbeiterschaft kann nur durch geschlossenes Zusammenhalten etwas erreichen. Der einzelne ist ein machtloses Atom, in der Masse liegt allein die Möglichkeit der Wirkung für den Arbeiter. Darum ist die Koalition, die möglichst umfassende Organisation der Fachkollegen, die keinen außerhalb des Ringes frei sich bewegen, auf eigene Faust konkurrieren läßt, und die den Unternehmern bei Arbeitsstreitigkeiten die Möglichkeit eines Erfolges aus einer unkontrollierten, stets verfügbaren Reservearmee nachhaltig beschneidet, der unumgängliche Weg zu Macht und Einfluß für den Handarbeiter. Für ihn viel mehr als für jeden anderen Berufstreibenden, denn nirgends ist die Zahl der sich anbietenden Konkurrenten größer, nirgends die Konkurrenz durch bestimmte Qualitätsanforderungen und Voraussetzungen in bezug auf Vorbildung und Persönlichkeit der Bewerber geringer eingeeengt als auf dem Gebiete der Handarbeit. Daher der Drang in jedem Arbeiter zur Agitation für den Verband mit allen Mitteln, nicht um satirischer Profetenmacherei willen, sondern aus bitterer Lebensnotwendigkeit.

Nun aber ist keine Schicht von Berufstreibenden so beschränkt in den gesetzlichen Mitteln zur „Marktlagerung ihrer Produktion“, ihrer Arbeitsleistung, wie gerade diese bedürftigsten, die aus der Hand in den Mund lebenden Lohnarbeiter. Unternehmerverbände haben ihre konventionellen Strafen, haben die Möglichkeit geheimer mündlicher und schriftlicher Abmachungen, um jedem Outsider das Handwerk

billiger als sie zu liefern, gründlich zu legen, ja ihn durch Unterbindung des Rohmaterialbezuges völlig zu ruinieren. Die Ärzte und Apotheker ihre „Standesinteressen mahren“, d. h. gegen die unterbietende Konkurrenz sich wehren, lesen wir jetzt fast Tag für Tag in den Blättern. Wenn sie die Massenliquidation aller standesunwürdigen Verträge zu einem bestimmten Termine beschließen (Bayerischer Arzttag, 19. September 1903) und durch Zeitungsinserte „Auszug fernzuhalten“ suchen, und dies durch das Mittel der sozialen Achtung, der gesellschaftlichen Boykottierung, der Fütterung vor ärztliche Ehrengerichte, ohne Rücksicht auf Kollegen und Publikum durchsetzen, wenn ein Offizierkorps ein Restaurant, in dem einen der ihren vermeintlich zu nahe getreten worden, in Wonn tut, ihm die sonst dort lehnzertierende Militärkapelle entzieht und jeden, der aus ihren Kreisen trotzdem das Lokal besuchte, unmöglich macht, dann regt sich über solches Vorgehen die Öffentlichkeit ebenso wenig auf, wie über die zur Ausbeutung der Massen betriebenen Preis- und Produktionskartellierungen der Kohlen, Zuckers, Petroleumshandilate; denn die von diesen Organisationen zur Wahrung ihrer Interessen angewandten Mittel beruhen nicht gegen das Gesetz und die gesellschaftlichen Normen.

Wenn aber ein Arbeiter, der jahrelang für seine Organisation gesteuert hat, der nach schwerer Ueberlegung in einen Streik mit allen seinen Opfern und Entbehrungen eingetreten und ihn schließlich siegreich durchgeföhrt hat, hernach einem nichtorganisierten Arbeitswilligen, der dem Streik fernblieb, jetzt jedoch die Früchte des Streiks mit entheimst, einmal „gründlich seine Meinung sagen“ und ihm einen Denkartel für seine „Verräterei“ geben will, ja, was für erlaubte Mittel stehen ihm da zur Verfügung? Gesellschaftlicher Boykott verfährt in den Arbeiterkreisen nicht, eine höfliche Erklärung: „Betrachten Sie sich als geohrfeigt“ würde den Beleidigten dem Gespött der Welt aussetzen. Man spricht deshalb ein gut Wort Deutsch miteinander, und Satisfaktion wird nach dem Holzkomment gegeben. Das ist nicht schön und, wie gesagt, wir beurteilen solche Gewalttakte. Aber als mildernde Umstände muß man gerechtere weise auch Umgangssitten und Gewohnheiten des Milieus in Betracht ziehen. Und daß in Arbeiterkreisen die Formen nicht glatter und zierlicher sind, wessen Schuld ist es? Doch am letzten Ende derer, die zur Leitung und Bildung des Volkes seit Jahrhunderten berufen sind. Terrorismus ist in jeder Form und in jeder Gesellschaftsschicht verwerflich; je vornehmer die Denkart einer Gruppe, um so fremder wird sie solcher Gewaltkur gegenüberstehen. So regt sich auch in den politisch und technisch besser geschulten, sozial erzogenen Arbeiterschichten ein immer energischerer Widerwille gegen die Vergewaltigung Anderer. Wo aber der Terrorismus in den täglichen Reibungen der organisierten Arbeiter mit den Nichtorganisierten sich leider noch immer zeigt, da soll die Gesellschaft nicht in pharisäischer Selbstgerechtigkeit nur wütend verdammen, sondern berücksichtigen, wie unzulänglich die Mittel des Arbeiters um Hebung seines Standes sind, soll ihm die Umgangsgewohnheiten seines harten Lebens zugute halten und vor allem aus der Tatsache solcher bedauerlicher Ausschreitungen die Mahnung entnehmen, wie viel, wie ungeheuer viel zur sittlichen Erziehung unseres Volkes noch geschehen muß.

Diese vernünftigen Worte eines erfahrenen, sozialpolitisch geschulten Mannes möge sich doch der christliche „Arbeiter“ einmal gründlich durch den Kopf gehen lassen, ehe er in das Geheul der Scharfmacherpresse über den „sozialdemokratischen Terrorismus“ einstimmt. Und dann möge er auch mal in seinem stillen Kämmerlein darüber nachdenken, wer es denn eigentlich verschuldet, daß sich die deutschen Arbeiter, die, wenn sie einig wären, unüberwindlich sein würden, sich wie Feinde gegenüberstehen und sich zum Vorteil des Kapitals schwere Wunden schlagen. Ist es denn vielleicht von Vorteil, wenn der Pastor Plumm die „Königsstreue Arbeiterschaft“ aufruft zum Kampf gegen die „antimonarchischen, sozialdemokratischen Scharen“? Das sind in unseren Augen die wahren Feinde und Terroristen, die die deutschen Arbeiter systematisch zur Uneinigkeit erziehen, anstatt sie auf die gemeinsamen Interessen und die gemeinsamen Ziele hinzuweisen.

Zum Schluß wollen wir auch nicht unterlassen, unsern christlichen Lesern zu bitten, seinen Lesern auch die zahlreichen Fälle von christlichem und patriotischem Terrorismus nicht voranzustellen zu wollen. Es klingt nämlich nicht gut und schmeckt zu sehr nach Pharisäismus, wenn man die sozialdemokratischen Mörder sorgfältig durchsieht, die ultramontanen, konservativen und liberalen Kameele aber mit der größten Gemütsruhe verschluckt.

Zur Beendigung des Lohnkampfes in Cassel!

Wie in letzter Nummer der „Holzarbeiter-Ztg.“ schon kurz mitgeteilt, ist nach dreiwöchiger Dauer der Kampf beendet, und zwar hat derselbe gerade mit einer empfindlichen Niederlage des Arbeitgeberverbandes! Es verlohnt sich wohl, gerade die Phasen dieses Kampfes in längeren Ausführungen

zu behandeln, um für die Organisation die nötigen Auswendungen aus demselben zu ziehen.

Als am 17. März d. J. unsere Kollegen in Cassel ihren Arbeitgebern die Forderungen unterbreiteten, glaubte man einiges Verständnis bei denselben voraussetzen zu sollen und rechnete damit, daß eine Einigung zu Stande kommen würde! Die wesentlichsten Forderungen waren:

Neunstündige Arbeitszeit, 10 pSt. Lohnzuschlag, Abschaffung der Akkordarbeit, 10 % Zuschlag für Ueberstunden bis Abends 8 Uhr, nach 8 Uhr Abends und Sonntags 20 % Zuschlag, Mindestlohn M. 18 pro Woche!

Eine Kommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern trat zusammen, um eine Einigung anzustreben, doch wurden von den Arbeitgebern die Verhandlungen in die Länge gezogen, um, wie Herr Kochendörfer später in einer Versammlung der Arbeitgeber erklärte, „die eiligsten Arbeiten zunächst fertig zu stellen!“ In der weiteren Sitzung der Arbeitgeber mit unseren Kollegen wurde denselben eine Lohnerhöhung von 2 % pro Stunde zugestanden; am 1. April 1904 sollten weitere 2 % zugelegt werden, doch sollten diese Bedingungen auf sechs Jahre festgelegt werden!!

Inzwischen wurde mit allen Mitteln in den Werkstätten getrieben, damit die angefangenen Arbeiten fertig wurden, fast überall wurden Ueberstunden verlangt. Unsere Kollegen faßten nunmehr den Beschluß, daß Ueberstunden während der Verhandlungen nicht gearbeitet werden dürfen, und wurde derselbe streng durchgeführt.

In der Arbeitgeberversammlung vom 25. März wurde der Beschluß gefaßt, den Gesellen weitere Zugeständnisse als 2 % Zuschlag pro Stunde nicht zu machen.

Daraufhin beschlossen unsere Kollegen am 27. März einstimmig, die Arbeit sofort einzustellen, was denn auch mit Ausnahme weniger, fast sämtlich unfähiger Leute geschah. Jetzt begann der Vorstand des Arbeiterschutzes sein unheilvolles Handwerk. In der Fachzeitung wurde orakelt, der Schutzverband solle jetzt seine „Feuerprobe“ bestehen, der Holzarbeiterverband wolle den Kampf in Cassel zur Machfrage stempeln u. u., und was sonst für blödsinniges Zeug zusammengeschrieben wurde. Wie blödsinnig diese Behauptungen waren, geht aus dem folgenden hervor: Der Vorsitzende des Gewerbegerichts lud nach der Arbeitseinstellung Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor das Einigungsamt. Das Schiedsgericht fällte den folgenden Schiedspruch: Die Arbeitgeber sollen den Gesellen 10 pSt. Lohnzuschlag gewähren und die 56stündige wöchentliche Arbeitszeit zugestehen.

Die Gesellenvertreter, unter denen sich auch unser Gauvorsteher befand, erklärten für diesen Schiedspruch eintreten zu wollen, auch Herr Kochendörfer. Doch in der Meisterversammlung erklärte Herr K., daß man den Gesellen dieses nicht zubilligen könne, man dürfe Zugeständnisse nicht machen. Und die Meisterversammlung beschloß dann die nachstehende Resolution einstimmig:

„Die heutige Generalversammlung des Arbeiterschutzes erklärt, sich auf keine weiteren Verhandlungen mit den streikenden Schreinergefellern einzulassen und jede vorher gemachte Zusage, sowohl der Lohnerhöhung als über Arbeitszeit, abzulehnen. Nach erfolgter Wiederaufnahme der Arbeit zu den heutigen Lohn- und Arbeitsbedingungen soll es jedem Arbeitgeber überlassen bleiben, mit seinen Gesellen nach seinem Gutdünken zu verhandeln.“

Man hatte sich eben Wahnvorstellungen bei den Arbeitgebern hingegeben; man glaubte, wenn man kräftig beschloßen habe und große Reden geschwungen, dann würden die Gesellen schleunigst angelassen kommen und die Arbeit wieder aufnehmen. Wie bitter, bitter haben heute unter diesen gemachten Fehler so manche Arbeitgeber zu leiden. Die Streikleitung und auch der Verbandsvorstand sahen ein, daß nunmehr der Kampf ein langer werden würde und man richtete sich darauf ein. Von Berlin aus wurden die Meister Woche für Woche weiter verheßt, Mahardt wollte und mußte doch für seinen Schutzverband endlich einen „Sieg“ haben; die deutschen Tischlermeister glaubten ja nicht an ihn und seinen Verband, er wollte und mußte ein Agitationsmittel haben, und dieses sollte Cassel mit einer Niederlage des Holzarbeiterverbandes bedeuten. Seitens der Gesellenvertreter war bei den Einigungsverhandlungen ausdrücklich gesagt, die Hauptfrage sei zunächst die Lohnerhöhung, da der Durchschnittslohn nach der damals vorliegenden Statistik M. 18,95 betrug. Mahardt sagte: Die Gesellen wollen vor allen Dingen die neunstündige Arbeitszeit, man will den Schutzverband zu nichte machen; man will einen Streik.

Als ob dem Verbands, ob den Casseler Kollegen an einem Streik etwas gelegen gewesen wäre. Nein, so liegt es, der Schutzverbandsvorstand wollte einen Streik, wollte keine Einigung mit den Gesellen, um — man nahm eine Niederlage der Gesellen nach kurzer Frist als selbstverständlich an — nachdem sagen zu können, jetzt, das hat der Schutzverband getan, nun aber rein in den Schutzverband, Ihr deutschen Tischlermeister, zögert ja nicht länger, jetzt, was wir können, jetzt, in Cassel haben wir den Holzarbeiterverband zusammeterzt! Die armen Leute! Der Schutzverband berückte nun, den Casseler Meistern zunächst Arbeitswillige zu beschaffen; per Zirkular wurden die Innungen fast aller Orte aufgefordert, Gesellen nach Cassel zu schicken. Vor allen Dingen waren Meisterlöhne „sehr will-

kommen“. Man holte Arbeitswillige aus allen Gegenden, Königsberg i. O. mußte sogar herhalten. Doch das muß gesagt werden, unsere Organisation hat sich glänzend bewährt, die meisten Arbeitswilligen sahen den Herkules bei Cassel erst gar nicht. Einzelne Inhlstellen arbeiteten meisterhaft in der Fernhaltung des Zuges; die meisten Hausmeister blieben unterwegs hängen, und wenn dann mal einige nach Cassel kamen, so wurden sie zur „Beruhigung“ der Meister von den Gesellen bald in Schutz genommen und weiterbefördert. Natürlich lagen die Meister nun dem Holzzeitpräsidenten fast fortwährend auf dem Hals, um Schutz für die Arbeitswilligen zu erbitten. Doch mußte selbst dieser sagen, daß die Schreiner sich musterhaft bewegten und zum Einschreiten kein Anlaß vorlag. Die Meister wurden immer wieder betrostet, bald ist das Geld der Gesellen alle, und — dann müssen sie kommen.

Anfang Juni war es wieder der Gewerbegerichtsvorsitzende, der Einigungsverhandlungen erstrebte. Die Gesellen erklärten sich auch diesmal sofort zu Verhandlungen bereit; die Meister lehnten es rundweg ab.

In der Meisterversammlung Mitte Juni, die natürlich wieder hinter verschlossenen Türen stattfand, wurde den Meistern mitgeteilt, daß am 1. Juli die Gesellen die Miete nicht zahlen können und dann müßten sie kommen. Der 1. Juli kam — die Miete wurde gezahlt — und die Meister waren wieder um eine Hoffnung ärmer.

Jetzt war aber mittlerweile eine böse Ebbe in der Kasse des Arbeiterschutzes eingetreten. Die Kasseler Schreinermeister verlangten, da man mit Versprechungen seitens des Schutzverbandes bei Beginn des Streiks kräftig bei der Hand war, auch Geld zu sehen. Die Generalversammlung in Frankfurt beschloß dann Extrabeträge, aber neben diesen wurde der Bettelack in ganz Deutschland geschwungen. Man wandte sich nicht allein an die Mitglieder des Schutzverbandes, sondern in einem verfaßten Zirkular und auch in der Fachzeitung hieß es: „Wir wenden uns nicht allein an unsere Mitglieder, sondern an alle Freunde des Handwerks, Holzändler u. u. ihr Scherlein zu opfern, um den bedrängten Schreinermeistern in Cassel nur einen Teil ihres Schadens, den sie durch den Streik erlitten, ersetzen zu können.“ Die Holzändler an einzelnen Orten mußten rausrücken, „wenn ihnen die Rundschaft lieb wäre“, die anderen Arbeitgeberverbände wurden angepömpelt, und die „Freunde des Handwerks“ nach Möglichkeit mitgenommen! Doch wenn man auch die größten Löcher stopfte, so war damit immer der Ausstand nicht beseitigt, und die Zahl der Arbeitswilligen wollte und wollte trotz Landtourneen und Nazzen nicht größer werden und die Streikenden blieben standhaft; da legte sich der Kasseler Arbeitgeberverband für das Baugewerbe ins Mittel; er stellte am 9. Juli sein Ultimatum.

Wenn bis zum 22. Juli die Tischlergefellern die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, so werden am 25. Juli alle Gesellen und Arbeiter welche Verbänden angehören, entlassen!

Die Maurer, welche mit den Arbeitgebern einen noch zwei Jahre laufenden Vertrag abgeschlossen hatten, wie auch die Zimmerer, Dachdecker, Bauarbeiter, Maler u. u. teilten dem Arbeitgeberverband mit, wenn man die Aussperrung vornehmen und dadurch den Vertrag brechen würde, würde man eben. Konsequenzen hieraus ziehen, auf die Schreiner einzuwirken, daß diese die Arbeit aufnehmen sollten, lehnte man ab.

Nachdem der Aussperrungsbeschluß gefaßt, sahen einsichtige Leute voraus, was kommen würde, nämlich daß die Aussperrten Forderungen stellen würden. Und so geschah es auch. Nachdem die Unternehmer die Verträge gebrochen, konnte man diese Ohrfeige, ohne den Unternehmern wieder eine solche zu applizieren, nicht einstecken. Wieder war es der Gewerbegerichtsvorsitzende, der vermittelnd eingriff, aber der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe lehnte jedes Zugeständnis ab, nur die Schreinermeister zeigten sich mit einem Male entgegenkommend. Man rechnete nämlich damit, wenn die Schreinermeister sich mit ihren Gesellen geeinigt haben würden, würden die übrigen Bauhandwerker ohne weiteres die Arbeit aufnehmen. In den Verhandlungen, die im Anschluß an die Einigungsamtssitzung stattgefunden, wurde unseren Kollegen eine Lohnerhöhung von 4 % sofort, Sicherung des erzielten Lohnes von einem Arbeitgeber zum anderen, 10 pSt. Zuschlag auf den bestehenden Akkordtarif, Sicherung des Lohnes bei außertariflichen Arbeiten, Verbot der Akkordarbeit bei Maschinenarbeit, der geforderte Zuschlag für Arbeiten in den Vororten, ein Durchschnittslohn von M. 21 und eine Reihe weiterer Zugeständnisse gemacht. Außer diesem wurde ein Vertrag zugebilligt, der für unsere Kollegen wertvoll ist, und der Verband ausdrücklich anerkannt! Nachdem diese bedeutenden Zugeständnisse gemacht, ließen unsere Kollegen die Verkürzung der Arbeitszeit fallen und stimmten dem Vertrage fast einmütig zu. Der Vertrag wurde am 19. August abgeschlossen. Was man seitens der Schreinermeister erwartet hatte, trat nun aber nicht ein, sie bekamen trotz des Vertragsabbruchs keine Gesellen, weil die Arbeiter des Baugewerbes die Arbeit ohne Bewilligung ihrer Forderungen nicht aufnehmen. Und das muß ich sagen, wenn ich schon manchen Kampf gesehen, so wie die Maurer in Cassel gekämpft, sah ich es nie. Überall in Deutschland waren die Werber der Unternehmer auf der Suche nach Streikbrechern. Bei Nacht und bei Tage waren die Maurer mit

unseren Kollegen gemeinsam um und in Kassel unterwegs, trotz Polizei, trotz schmutziger Angriffe der bürgerlichen Blätter, trotz Eiferrungen und Scherereien mit der „Wohltätigen“, von dem einen Gedanken besetzt: **Der Sieg muß unser sein!**
Ibis!

Ein deutscher Arbeiterkongress

Hat am 25. und 26. Oktober in Frankfurt a. M. stattgefunden. Ungefähr an 200 Delegierte waren anwesend, von denen nur wenige zu Wort gekommen sind. Angeblich sollen die Delegierten circa 622 000 Arbeiter vertreten haben. Der christliche Holzarbeiterverband meint ob dieser Zahl, daß es leeres Gerede sei, wenn die sozialdemokratischen Organisationen als die alleinigen zur Vertretung der Arbeiterinteressen hingestellt werden. Der aber, wie die „Rheinische Zeitung“ schreibt, die Zählmethode jener christlichen, katholischen, evangelischen und antisemitischen Vereine aus der Nähe kennt, wird hinter die große Zahl ein noch größeres Fragezeichen machen. Den katholischen und evangelischen „Arbeitervereinen“ gehören viele Tausende Nichtarbeiter an: Handwerksmeister, kleine Geschäftsleute, Fabrikanten, alles Leute, die keine anderen Arbeiterinteressen haben als die, die Arbeiter am Gängelbande zu führen. Die Eisenbahnerverbände sind Unterstützungs- und Petitionsvereinigungen, denen der Vater Staat fürsorglich das Maul zu verbinden weiß, dazu meist aus Beamten bestehend. Ueber die Beteiligung der antisemitischen Handlungsjunglinge, die doch sonst jede Berührung mit einem Arbeiterrod ängstlich meiden, haben sich selbst Blätter, wie die „Stölnische Zeitung“, gewundert, und zum Schluß darf man nicht vergessen, daß auch mindestens hunderttausend Arbeiter doppelt vertreten waren, weil sie gleichzeitig den christlichen Gewerbevereinen oder den Eisenbahnerverbänden und den katholischen oder evangelischen Arbeitervereinen angehörten. Also darf man füglich einige Hunderttausend von den 620 000 in Abzug bringen.

Als Zweck des Kongresses wird in dem Bericht des Organisationskomitees angegeben: die Förderung der sozialen Reform, die den bürgerlichen Parteien durch die Verhöhnung der Sozialdemokratie und ihre radikalen Forderungen vergällt worden sei. Deshalb sei ein Annähern der nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen notwendig, weil nur so sich ein Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie herstellen lasse. Dieses Annähern der nichtsozialdemokratischen Organisationen sei weiter deshalb notwendig, weil die Schachtmacher zur Durchführung ihrer auf den Stillstand der sozialen Reform gerichteten Pläne den Vorwand benutzten, nur der sozialdemokratische Teil der Arbeiterschaft erhebe stets neue Forderungen und diese Elemente seien niemals zufriedenzustellen, der übrige Teil der Arbeiterschaft sei mit dem Stand der derzeitigen Sozialgesetzgebung zufrieden. Mit dem Kongress solle der Regierung und der breitesten Öffentlichkeit gezeigt werden, daß auch Hunderttausende christlich-national gesinnter Arbeiter die vorgeschrittenen Forderungen der Sozialpolitik, z. B. Ausbau des Koalitionsrechtes, Revision der Vereinsgesetzgebung, Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine, Errichtung von Arbeiterkammern, dringend fordern. Und zwar fordern die nichtsozialdemokratischen Arbeiter dieses, weil sie darin den gangbarsten Weg zum sozialen Frieden erblickten.

Als stimmberechtigter Delegierter auf dem Kongress sollen nur Arbeiter und die aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Beamten der Vereine und Organisationen teilnehmen. Es soll dadurch verhindert werden, daß außerhalb der Arbeiterbewegung stehende Politiker und Sozialpolitiker den Kongress beeinflussen, ihm gleichsam den Stempel aufdrücken.

Einzelnen waren zum Kongress auch die Hirsch-Duncker'schen Gewerbevereine, die aber eine Beteiligung mit der Begründung abgelehnt haben, daß die auf dem Kongress in Frage stehenden Forderungen von ihnen schon längst aufgestellt seien und daß sie in die Neutralität der Veranstaltung berechnete Zweifel setzten.

Wäre aus Frankfurt a. M. endet seine Begrüßungsansprache mit einem Kaiserhoch, worauf Stegerwald, der ehemalige Medaieur der christlichen Holzarbeiter, den Kongress eröffnete. Daß Herr Stegerwald gleich mit einer Schimpfepistel auf die Sozialdemokratie begann, liegt in seinem Naturell. Daß er sich entrüstete über das „Correspondenzblatt“ der Generalcommission, das die Zahl der auf dem Kongress vertretenen wirklichen Arbeiter auf circa 250 000 bis 300 000 bezifferte, ist begreiflich, Herr St. liebt es, mit großen Zahlen zu paradiern, und daher seine Wut, wenn ihm jemand darin mit dem Notizist herumarbeitet. Daß er weiter die dort versammelten Arbeiter für „zweifelloser bessere Deutsche“ hält, als die internationalen Sozialdemokraten, ist seine eigene Sache, die uns nichts kümmert. Auch darüber streiten wir mit ihm nicht, ob der Monarch immer die richtigen Ratgeber hat, und ob es besser ist, dieser oder einer anderen Regierungsform den Vorzug zu geben. Das sind Dinge, die mit den angeblichen sozialreformerischen Aufgaben eines Arbeiterkongresses nur in sehr losem Zusammenhang stehen. Resolutionäre seien, wie Stegerwald meinte, in Frankfurt nicht versammelt — das glauben wir ihm aufs Wort —, aber wo sich Mißstände zeigen, da will er nicht am Wasser sparen, ja, er will sogar die Wurzelbürste in die Hand nehmen. Wasser wird's nun freilich nicht tun, auch nicht die Wurzelbürste; da wird er schon die Art an die Wurzel legen und das Seziersmesser hernehmen und die Auswüchse herauschneiden müssen, wenn der kranke Wirtschaftskörper gesund sein soll. Wie wenig die Herren, die in Frankfurt versammelt waren, es aber damit ernst meinen, das beweist schon die erste angenommene Resolution über das Referat Schiffer's über das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter und die Vereinsgesetzgebung. Diefelbe lautet:

„Die berufliche Organisation der Lohnarbeiter ist das einzig wirksame und deshalb unerlässlich notwendige Mittel, um eine gerechte Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf Grund des freien Arbeitsvertrages zu erzielen; eine gedeihliche Entwicklung des nationalen Wirtschafts- und Gesellschaftslebens zu sichern und dauernd geordnete Verhältnisse zwischen Arbeiter und Arbeitgeber auf dem Boden der anerkannten Gleichberechtigung beiderseitiger Organisationen anzubahnen und in Tarifgemeinschaften

festzuhalten. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, fordert die Versammlung alle unorganisierten deutschen Arbeiter auf zum Beitritt zu jenen gewerkschaftlichen Organisationen, die nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen.

Sie fordert von der Gesetzgebung:

I. Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes und zwar:

a) der § 152 der Reichsgewerbeordnung soll nicht nur auf Erlangung besserer, sondern auch auf die Erhaltung bestehender Lohn- und Arbeitsverhältnisse Anwendung finden;

b) der § 153 der Reichsgewerbeordnung soll dahin erweitert werden, daß nicht allein der Mißbrauch des Koalitionsrechtes unter Strafe gestellt wird, sondern auch die Verhinderung an legitimem Gebrauche.

II. Schaffung eines einheitlichen und freierlichen Vereins- und Versammlungsrechtes für das ganze Reich an Stelle der einzelstaatlichen Vereinsgesetze, worin alle das Koalitionsrecht und die Tätigkeit der Berufsvereine einschließenden Bestimmungen der Vereinsgesetze beseitigt sind.

Im besonderen soll allen Vereinen, die auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung gebildet sind (Arbeiterberufsvereine, Gewerkschaften) sowie alle sonstigen zur Wahrung der Berufsinteressen gegründeten Vereinen gestattet werden, ihre Tätigkeit auf die allgemeine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Gewerbes, namentlich auch durch Aenderung der Gesetzgebung auszuüben, ohne dadurch den Bestimmungen der einzelstaatlichen Vereinsgesetze unterworfen zu sein. Auch den Frauen ist die Teilnahme und Mitwirkung an sozialpolitischen Vereinigungen und Versammlungen zu ermöglichen.

III. Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine zur Sicherstellung ihrer Vermögensrechte ohne Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit.

Die Resolution enthält nichts von einem Koalitionsrecht der Landarbeiter, obgleich ein solches im Referat gefordert ist. Auch die Aufforderung in der Resolution: alle nichtorganisierten Arbeiter sollen sich solchen Verbänden anschließen, die nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, läßt erkennen, daß es den Herren gar nicht ernst ist mit einem Kampf um bessere Lohn- und Lebensbedingungen mit Hilfe des Koalitionsrechtes, sie hätten doch wissen müssen, wie gegenwärtig und alle Zeit die nach Befreiung strebende Arbeiterschaft bekämpft worden ist, und sie hätten auch wissen müssen, daß, wenn sie die Interessen des Arbeiterstandes, auch des nichtsozialistischen, vertreten wollen, sie dies nur können, wenn sie für alle nicht nur das Koalitionsrecht fordern, sondern auch allen nahelegen, wenn nicht anders den Klassenkampf in der schärfsten Form auszukämpfen, so lange den Arbeitern das Recht zu einem menschenwürdigen Leben bestritten wird. Was soll man z. B. von Arbeiterdelegierten sagen, die erklären, ein uneingeschränktes Koalitionsrecht brauche man nicht, könne man nicht fordern, weil der Streik zur Empörung und zum Aufruhr führen könne. Das können nur Arbeiter sagen, die von dem disziplinierenden und schulenden Einfluß einer Organisation, aber auch von einem Idealismus, von der Begeisterung der Arbeiter im Kampfe für ihr Recht gar keine Ahnung haben. Das sind Delegierte, die nur mit der ungeschulten unorganisierten Masse und dem Polizeifüßel rechnen, sich gar nicht vorstellen können, daß die Arbeiterorganisationen auch ohne Gewalttätigkeit und ohne Polizeinüppel ihre Interessen erfolgreich vertreten können.

Für die Frauen wurde gefordert, daß man sie geschlechtlich an allen „sozialpolitischen“ Versammlungen teilnehmen lassen solle! Wie gnädig.

Für die Post- und Telegraphenbeamten wird von Schreiner-München ein uneingeschränktes Koalitions- und Versammlungsrecht gefordert, während ein anderer Delegierter das uneingeschränkte Petitionsrecht für genügend hielt. Ein Herr Holz aus Trier, vom Verband der Eisenbahnhandwerker, bringt einen Antrag ein, der die Resolution des Referenten stark verwässert, insbesondere sich gegen den Satz im Passus II wendet, der die Schaffung eines einheitlichen und freierlichen Vereins- und Versammlungsrechtes fordert, „in welchem alle das Koalitionsrecht und die Tätigkeit der Berufsvereine einschließenden Bestimmungen der Vereinsgesetze beseitigt sind.“

Schließlich ist dann, nachdem wiederholt zur Einmütigkeit gemahnt wurde, die Resolution gegen einige Stimmen angenommen.

Ueber die „Rechtsfähigkeit der Berufsvereine“ referierte dann der antisemitische Handlungsgehilfenvorsitzende Schack aus Hamburg. Vor allem bezog er sich nicht weiter mit der Forderung der Rechtsfähigkeit, als die „Sicherstellung der Vermögensrechte“ der Vereine, was nach unserem Dafürhalten von nur minimaler Bedeutung ist, wenn man nicht gar eine lästige Einschränkung über die Verwendung des Vermögens — je nachdem es heute für Streiks, morgen für andere Unterstützung verwendet werden soll — darin erblicken will.

Zu dem kommt hinzu, daß, wenn wirklich das Vermögen durch ein solches Recht, wie gefordert, sichergestellt ist, es von den Unternehmern oder deren Organisationen, wie die Vorgänge in England zeigen, um so leichter mit Hilfe der Gerichte über den Schnabel genommen werden kann.

Daß diese Möglichkeit sehr nahe liegt, und von den Unternehmern auch herbeigesehnt wird, beweist eine Aeußerung der „Arbeitgeber-Zeitung“ in ihrer letzten Nummer. Es heißt da:

„Unseres Erachtens wäre eine solche Maßnahme (— nämlich den Berufsvereinen die Rechtsfähigkeit zuzusprechen — D. Red. d. „Holzarb.-Ztg.“) sehr wohl dazu geeignet, um das Verantwortlichkeitsgefühl der Organisationsleiter zu stärken, insofern die Vereine alsdann mit ihrem Vermögen für den Schaden haften müßten, der durch mißbräuchliche Anwendung des Koalitionsrechtes in Gestalt von frivol inszenierten Streiks angerichtet wird (das Blatt hätte hinzusetzen müssen, daß die Unternehmerverbände gleichfalls für den Schaden haftbar sind, den sie durch „frivol inszenierte“ Ausperrungen anrichten. N. d. „Holzarb.-Ztg.“). Der berühmte Taff-Walze-Prozess dürfte in solchem Falle auch bei uns in Deutschland nicht lange ohne ein entsprechendes Seitenstück bleiben.“

Die Erlangung der Rechtsfähigkeit mag für gewisse Vereine ja sehr zweckmäßig sein, aber für solche, die den

Klassenkampf führen und ihre Mittel notwendig selber brauchen, ist sie nur nachteilig, und deshalb kann man die Forderung des „Arbeiterkongresses“ auch nicht als solche bezeichnen, die im Interesse der Arbeiter gestellt ist.

Ueber den dritten Punkt: Notwendigkeit von Arbeiterkammern, referierte Giesberts. Er wies auf die Bemühungen, die von verschiedenen Seiten gemacht worden sind und auf die negativen Erfolge hin, welche zwei von der sozialdemokratischen Fraktion 1885 und 1895 ausgearbeitete Gesetzesentwürfe gehabt, und betont, daß er sich diese Institution als eine durchaus partitische denkt, welche naturgemäß eine gewerkschaftliche Gliederung der Berufsgruppen haben müsse, wenn sie gedeihlich wirken soll. Aus den lokalen Berufsgruppen und Organisationen würden auf Grund des obligatorisch einzuführenden Proportionalwahlsystems die örtlichen Arbeiterkammern zu wählen sein, die sich wiederum in größeren Bezirken, vielleicht Regierungsbezirken, zu einer Bezirksarbeitskammer vereinigen, welche letztere dann ihre letzte Spitze haben in einem Reichsarbeitsamt oder einer Reichsarbeitskammer. Selbstverständlich dürften auch die Arbeiterinnen weder von der Wahlfähigkeit noch von der Wählbarkeit von diesen Arbeitskammern ausgeschlossen sein. Dagegen hielt er es für unzulässig, auch die Landwirtschaft und die Diensthoten in die Arbeitskammern einzubeziehen. Für die Handelsangestellten müßte in den Handelskammern ein entsprechendes Tätigkeitsfeld eingeräumt werden. Diesen Arbeitskammern steht ein weites Arbeitsgebiet offen, Gutachten und Anregungen aller Art, Unterstellung der Arbeitsnachweise und Gewerbeberichte oder ihre Angliederung an die Arbeitskammern — kurz: Zentralfstelle für alle öffentlichen sozialpolitischen Einrichtungen. Besondere Pflege verdient die Statistik, welche derzeit weder unparteiisch noch ausführlich gepflegt wird. Wenn bisher noch so unendlich wenig in sozialpolitischer Hinsicht erreicht wurde, so hat in erster Linie daran jenes Arbeiterpfeifbürgertum die Schuld, welches sich damit begnügt, den Generals-Anzeiger zu lesen und für die eigenen Leiden nicht einmal das richtige Verständnis hat. Dem müsse man den Krieg erklären! Es muß gesagt werden, daß es ihre Schuld ist, daß die Sozialdemokratie oft so billige Erfolge erzielt! Wir stellen unsere Forderung im Interesse der gesamten nationalen Wohlfahrt und verlangen von diesem Gesichtspunkte aus mehr Luft und Licht für die gedeihliche Entwicklung der Arbeiterschaft.

Die zum Referat vorgeschlagene Resolution lautet:

„Die Versammlung spricht ihr lebhaftes Behauern darüber aus, daß die in den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890 in Aussicht genommenen gesetzlichen Institutionen (Arbeiterkammern) zur „Pflege des Friedens“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, an denen Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen an denen Arbeiter Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden“, noch nicht verwirklicht sind. Sie bedauert das umsomehr, als ähnliche Institutionen in Deutschland für andere Berufsgruppen seit längerer Zeit bestehen und erfolgreich und nützlich wirken.“

Die Versammlung erblickt in partitischen Arbeitskammern ein nütziges Mittel a) der Verschärfung der Klassenengegenseite und der damit verbundenen wachsenden Verbitterung und Entfremdung von Arbeiter und Arbeitgeber Einhalt zu tun durch Beratung und Verständigung über gemeinsame Angelegenheiten, insbesondere aus dem Arbeitsverhältnis;

b) die Rechte und Interessen der Arbeiter sicherzustellen und zu fördern und so den Arbeiterstand in seinem Bestreben eine größere Anteilnahme an den geistigen und materiellen Gütern der Kultur zu erlangen, wirksam zu unterstützen.

Es ist deshalb die Schaffung solcher Arbeitskammern als eine der nächsten und wichtigsten Aufgaben der deutschen Sozialpolitik anzusehen. In diesem Sinne ersucht die Versammlung die Regierung und die Volksvertreter in den Parlamenten, halbmöglichst die geeigneten Schritte zur Verwirklichung der Arbeitskammern einzuleiten und verpflichtet die Teilnehmer des Kongresses, für diesen Gedanken in ihren Korporationen lebhaft Propaganda zu machen.“

Während der Diskussion über diese Resolution meldet der Vorsitzende, daß der Bund der Landwirte den Kongress beglückwünsche und ihm seine vollste Sympathie entgegenbringe. Diese Sympathie soll den Herrn Giesberts, wie von Teilnehmern berichtet wird, vollends aus der Fassung gekracht haben. Er hatte es so schön mit dem Kongress eingekauft, daß nur die Interessen der Arbeiter, der Ausgebeuteten, der Bedrängten, auf ihm vertreten, nur Arbeiter auf ihm reden sollten, damit niemandem der Gedanke komme, als ob trotzdem die Geschäfte der Unternehmer und sonstiger Interessengruppen besorgt werden könnten, und nun kommt dieser Bund der Landwirte, der ausgesprochene Feind aller, die nicht für seine hohen Zölle zu haben sind, und beglückwünscht den Kongress. Giesberts erklärte in seiner Ratlosigkeit das sei — Ironie. Kaum denkbar, vielleicht war's gegenseitige Höflichkeit. Giesberts war ja auch einmal auf dem Kongress des Bundes der Landwirte Rheinlands, und hat sich für dessen Wünsche: hohe Getreide- und Fleischzölle zu fordern, so lebhaft interessiert, daß er aus Liebe für die Not der Landwirtschaft sich geneigt zeigte, den Arbeitern das Vrot verteuern zu helfen. Also, warum sollte der Bundesmann Ucke, der persönlich in Frankfurt war, sich, wenn auch nur scheinhabend, nicht auch für Giesberts und seinen Kongress interessieren. Man weiß nicht, ob nicht noch einmal, vielleicht schon bei Abschluß der Handelsverträge, eine Hand die andere waschen muß. Also, warum die Scheinentrüstung über den so „ungeschickten“ Bund der Landwirte? Ende tennt Giesberts und weiß, daß er ein guter Zentrumsmann ist, und ohne das Zentrum keine hohen Zölle!

Daß der Arbeiterkongress trotz seiner teils schmachmatten, bisweilen arbeitgeberfreundlichen Haltung, sich die Ungunst der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ zugezogen hat, läßt erkennen, daß das Arbeitgebertum skrupellos auch gegen die geringste Regung der Arbeiter nach Besserung auflehnt, und als niederzuknüppeln gewillt ist, die sich der Unternehmerautorität nicht willenlos und blindlings unterordnen. Anders ist die folgende Aeußerung der „Arbeitgeber-Zeitung“ nicht zu verstehen:

„Gleichzeitig aber stehen wir nicht an, aus den Frankfurter Vorgängen die Folgerung zu ziehen, daß nunmehr auch die letzten Bedenken in Fortfall kommen müssen, die hier und dort noch gegen die rücksichtslose Betätigung des Klassenstandpunktes der Arbeitgeber gehegt wurden. Feinde ringsum — das ist die Losung des Tages für das deutsche Unternehmertum. Und daraus ergibt sich für dieses die unaufschiebbare Verpflichtung zur Begründung machtvoller Gegenorganisationen, die nicht nur dem Terrorismus der getrennt marschierenden, aber zu vereinigtem Vorschlagen bereiten Arbeiterverbände die Spitze zu bieten im Stande sind, sondern, sobald es not tut, auch ihrerseits auf die Gesetzgebung Einfluß zu gewinnen suchen.“

Ob die nichtsozialistischen und christlichen Arbeiter aus dieser Mahnung an die Unternehmer die richtige Konsequenz zu ziehen verstehen werden? Wir dürfen es wohl kaum hoffen; denn trotzdem der Kollege Stegerwald mit Pathos betonte: „nur Arbeiter sind hier vertreten, nur Arbeiter reden hier“, weiß doch jeder, daß, wenn die Arbeiterdelegierten wieder in ihre Heimat zurückkommen, nicht mehr sie, sondern der Herr Pfarrer das Wort hat, und daher vermögen uns auch die teilweise radikalsten Neuprediger in Frankfurt nicht darüber hinwegzutäuschen, daß der Frankfurter Kongreß nichts weiter war, als eine Demonstration ohne Wert und Inhalt.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine auf Agitation im Osten.

Die Hochburgen dieser echt freisinnigen Gewerkschaften sind bekanntlich immer noch hier im Osten, und es ist deshalb auch ganz begreiflich, daß man sich von Zeit zu Zeit den Luxus von einigen Versammlungen gestattet. Gar sparsam geht man mit dergleichen um, muß doch der staunenden Welt bewiesen werden, daß man viel mehr leisten kann als die freien Gewerkschaften, simealen man doch bloß 15 $\frac{1}{2}$ Beitrag pro Woche zahlt und den „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ weit über ist. Das alles wird allerdings nicht hindern, daß die diesmalige Generalversammlung der Hirsch-Dunderschen unter dem Zeichen der Beitragserhöhung stehen wird. Es wird sich auch für den Gewerksverein als Notwendigkeit erweisen, etwas mehr für die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter zu tun.

Die Redensart: „35 Jahre haben wir bewiesen, daß wir die einzige Vertretung der Arbeiter sind, welche wirklich praktische Arbeit leistet und sich nicht in das Schlepptau einer politischen Partei gegeben hat.“ zieht nicht mehr, auch die Gewerksvereiner werden immer mehr gezwungen, mitzutun im Kampfe ums Dasein. Der Refrain des Liedes war immer gleich, daß sie für billige Beiträge sehr viel leisten können, und auch die Referate des Generalratsmitgliedes Schuhmacher liefen darauf hinaus. Nun war es wirklich kein welterschütterndes Ereignis, Herrn Schuhmacher zuzuhören, und würde auch kaum lohnen, bestwogen den Raum unserer Zeitung in Anspruch zu nehmen, wenn nicht dem Redner so manches hübsche Geständnis entflüßte wäre.

„Hirsch-Dundersche und andere Organisationen“ lautete das Thema in verschiedenen Versammlungen. Nun, wenn „Stürze der Rede Würze“ ist, so leistete sich Herr Schuhmacher doch etwas zu viel davon, denn die Gegensätze zwischen beiden Organisationen in 20 Minuten in einem „Vortrag“ erläutern, ist eine große Leistung. Eine Musterversammlung war wohl die in Danzig: Daß natürlich bei den Gegensätzen bloß wir, die freien Gewerkschaften, in Frage kommen, ist eigentlich selbstverständlich; denn über die Christlichen kaum zehn Worte, vielleicht aus Höflichkeitbrüderlichkeit, fand doch die Versammlung im christlichen Vereinshaus statt, und bei der kommenden Gewerbegerichtswahl braucht man diese Bundesgenossen, weil man die freien Gewerkschaften dabei an die Wand drücken will.

Herr Schuhmacher machte sich die Sache sehr leicht. „Ich schäme mich glücklich, kein Sozialdemokrat zu sein und einer anständigen Organisation anzugehören.“ war so der Grundgedanke. „Wir treiben keine Politik im Gewerbeverein“ die Fortsetzung, dann folgte eine Flut von Schmähungen der Besten in der Arbeiterbewegung, und zum Schluß wurde der Streik der Metallarbeiter bei Mehlig in Berlin besprochen, daß selbiger ungerechtfertigt gewesen sei, die Leute viel Geld verdient hätten, unmundige Wurschen mitgestimmt hätten, und machte dann den Salkomortale: „Ja, auch wir wollen eine Verbesserung der Löhne, doch solche Beunruhigungstreiber machen wir nicht mit.“

Nun, ich meine doch, jeder Streik wird die Unternehmer beunruhigen, ergo dürften die Gewerksvereine überhaupt nicht streiken. Am Schluß einer Diskussion sprach er es ja auch offen aus: „Ich möchte den Arbeitern raten, sich von solchen Veranstaltungen fernzuhalten.“ Das ist Geist von ihrem Geist.

Nur gut, daß ein ganzer Teil der Mitglieder anders denkt, sonst könnten noch öfter solche Fälle wie in Berlin auf dem Arbeitsnachweis vorkommen, denn gar selten den Generalrat das Bekanntwerden dieses Streikbruchs zu kränken, durch „Diebstahl ist die Karre in die Hände der Gewerkschaftler gekommen, Hui, mit solchen Menschen noch etwas gemein zu haben.“ Doch jedem Verdienst seine Krone, nicht bloß geschimpft ist worden, auch sozialpolitische — heiten trante Herr Schuhmacher aus.

„Das Kleinhandwerk geht zu grunde, weil alles im Vagat gefaßt wird.“ Schrumm, fertig, und wer ist schuld daran? Die Sozialdemokraten, weil sie auch dort laufen. Hinweis: ein Artikel von Bod aus Gotha im „Schuhmacher“, we nachgewiesen wird, daß das Kleinhandwerk die politische Entwicklung nur hemmt, weshalb es kein Fehler wäre, wenn dasselbe verschwinden würde. Aber bei den Wahlen, „da wollen die Sozialdemokraten die Stimmen und geben den sich als einzige Vertreter des Kleinhandwerks“, meinte Herr Schuhmacher flug.

Also, weil die Sozialdemokratie rät, auf seine Seite zu kommen und von dort dem Kapital auf den Leib zu rücken, deshalb vernichten wir dasselbe. O, verhülle Dein Haupt, Du bist erkannt.

Auch die Saalfrage ist gelöst. „Sie bekommen keine Säle, weil sie zu viel Kaden machen“, doziert man; und das wagt man in Danzig zu sagen, wo doch bald jedes Kind weiß, weshalb für die freien Gewerkschaften keine Säle zu haben sind. Im Brustton zu sagen: „Wir sind die Anständigen, jeder muß doch einer anständigen Organisation beitreten,

und nicht einer solchen, wo Radaureden gehalten werden.“ ist so lächerlich, daß es nicht lohnt, darüber etwas zu sagen.

Auch noch ein großartiges Geheimnis plauderte Herr Schuhmacher aus: warum wir mehr Mitglieder haben. „Ich gebe ja zu, daß sie siebenmal so viel Mitglieder haben, doch wie haben sie dieselben gewonnen? Durch Terrorismus! Mit Hasenstuden werden die betworfen, drangsaliert und dergleichen, welche nicht eintreten wollen; bei uns kommt so etwas nicht vor.“

Su, hu, nun mißt Ihr, was Euch groß gemacht, Ihr Verbändler, geht hin, tut Ruhe in Sad und Nase. Recht drastisch wurde die Freiheit beleuchtet, daß in der Diskussion von vornherein eine Redezeit von 15 Minuten festgesetzt wurde, in Stolz gar nur 10 Minuten.

Auch auf die Opferwilligkeit tut sich Herr Schuhmacher etwas zu gute. Daß eine Ebbe in der Kasse eintritt, kann nicht geleugnet werden, doch, „wenn etwas gebraucht wird, dann zahlen unsere Mitglieder auch“. Gewiß, so hoch schäme ich schon noch jeden, doch meine ich, man soll beizeiten anfangen, die Arbeiter daran zu gewöhnen, daß jeder Kampf Opfer kostet, und nicht noch mit dem niedrigen Beitrag unlauteren Wettbewerbs treiben; denn ganz treuherzig meint ein Gewerksvereiner in Elbing: „Sie können es uns ja nicht verdenken, wenn wir uns für 15 $\frac{1}{2}$ organisieren können.“

Organisieren bloß, um organisiert zu sein, ist hier offensichtlich der Zweck. Ja, gewiß, 35 Jahre bestehen die Gewerksvereine, und nirgend hört man von einem selbständigen Vorgehen, sonst müßte es hier draußen in ihren Hochburgen schon besser sein. Doch man will auch gar nicht zum Krieg kommen: „Wir wollen die Harmonie, wenn möglich, zwischen Kapital und Arbeit herstellen“, beim „Kapitalisten muß es geben“, sagt Herr Kammer aus Danzig, seines Zeichens Urmachermeister.

Nach so manches schöne Geständnis könnte man anführen, doch wird es wohl genügen. Aber noch eins, warum Frau und Kinder in den Fabriken frohnen müssen? Nun, sehr einfach, weil der Arbeiter keine Buchführung versteht!! So geschähen am Schluß des Jahres 1903. Wers nicht glaubt, zahlt einen Taler. Ein hübsches Stückchen meldet auch die „Königsberger Volkszeitung“ vom 25. September aus Jüterburg: Wurden da vor einiger Zeit gewaltige Anstrengungen gemacht, um einen Gewerksverein der Tischler ins Leben zu rufen; ein ganz löblicher Voratz, doch wurde von einem Agitator gesagt, daß, wer beitrete, 12 Krankengeld pro Woche bekomme, wenn er 15 $\frac{1}{2}$ zahlt, in Wahrheit dasselbe jedoch erst dann erhält, wenn er Mitglied dieser Kasse ist, und 45 $\frac{1}{2}$ pro Woche zahlt. Jeder, der es fertig brachte, ein Mitglied zu machen, bekam 50 $\frac{1}{2}$ Vergütung, das Eintrittsgeld des Betreffenden. In den ersten beiden Versammlungen gab es ein Achtel Freibier, und nach vier Wochen wurde schon ein Familienfest gefeiert.

Die „Königsberger Volkszeitung“ meint dazu, daß dann wohl die freien Gewerkschaften nicht weit kommen werden betreffs Agitation.

Auch in Marienburg tut sich der Vorsitzende auf eine Idee etwas zu gute, daß er nämlich bei einem Vergnügen das Eintrittsgeld von einigen Unorganisierten gleich zur Aufnahme verwandte, und die nun Mitglieder waren.

Schon mehrmals sagte ich, daß man jede Organisation der Arbeiter achten müsse, wenn sie ernstlich gewillt ist, Verbesserungen eintreten zu lassen; mögen auch die Hirsch-Dunderschen einsehen, daß sie mit dieser Art ihrer Agitation nicht vorwärts kommen, sondern allmählich ihren Führern klar machen müssen, daß man, um etwas zu erreichen, mit der Bruderorganisation zusammenarbeiten muß, und um den Unternehmern auch etwas Profit abzugewinnen, auch zu kämpfen hat. Ist es doch schon alt, daß der Unternehmer gutwillig nichts gibt. Hoffen wir, daß also auch unsere Brüder im Hirsch-Dunderschen Gewerksverein zu der Erkenntnis kommen.

B. G.

Konferenz der Vorstände der Zentralverbände.

Auf dem Gewerkschaftskongreß in Stuttgart wurde — wohl aus Anlaß des Glasarbeiterstreiks — seitens der Generalkommission die Frage aufgeworfen, „ob es zweckmäßig sei, jedes Jahr einmal den Zentralvorständen Gelegenheit zu geben, zu gemeinsamen Konferenzen zusammenzutreten, um die verschiedensten auftauchenden Fragen zu erörtern.“ Der Kongreß stimmte dieser Anregung ohne Debatte zu, und so trat denn die erste Konferenz von Vertretern der Zentralverbände am 12. und 13. Oktober in Berlin zusammen. Mit Ausnahme des Verbandes der Dachdecker, der Zivilmusiker und der Buchdrucker Elsaß-Lothringens waren sämtliche Verbände vertreten.

Das „Correspondenzblatt“ berichtet darüber: Die Konferenz beschäftigte sich zunächst mit der Frage, welche Organisation die Streikunterstützung für diejenigen Arbeiter zahlen solle, die nur in geringer Zahl in einem Betriebe beschäftigt sind und durch Beschluß der für den Betrieb maßgebenden Organisation mit zur Arbeitseinstellung veranlaßt werden. Es wurde folgender Beschluß diesbezüglich gefaßt:

„Für die Genehmigung, Inzenerierung und Leitung eines Streiks kommt, sofern nicht Weiterungen für andere Organisationen daraus entstehen, nur die für das betreffende Gewerbe bestehende Berufsorganisation in Betracht, und hat diese auch die Unterstützung der Streikenden, mit Ausnahme der Mitglieder anderer Organisationen, zu übernehmen. Letztere erhalten ihre Unterstützung von demjenigen Verbands, dem sie als Mitglied angehören.“

Wenn in einem Betriebe Angehörige verschiedener Berufe, z. B. Metallarbeiter, Maurer, Zimmerer, beschäftigt sind, dann dürfen die einzelnen Arbeiter nur in diejenige Organisation aufgenommen werden, welche für ihren Beruf besteht.

An etwaigen Streiks in solchen Betrieben, haben sich die sogenannten betriebsfremden Arbeiter (z. B. Maurer in einem Eisenwerk), nur dann zu beteiligen, wenn zwischen den Zentralvorständen der in Betracht kommenden Organisationen ein gemeinsamer Streik vereinbart ist. Auch in diesen Fällen unterstützt jede Organisation ihre eigenen Mitglieder. Letzteres soll auch der Fall sein, wenn die Mitglieder einer Organisation durch den Streik einer anderen Organisation in Mitleidenschaft gezogen werden.“

Bei Erörterung dieser Frage kam auch der Uebertritt von Mitgliedern aus einer Organisation in die andere

bei eintretendem Berufswechsel zur Sprache. Da nach dieser Richtung hin ein Beschluß des dritten Gewerkschaftskongresses vorliegt, so konnte es sich für die Konferenz nur darum handeln, dem nächsten Gewerkschaftskongreß Anregung für eine Aenderung dieses Beschlusses zu geben. Letzterer, von dem Gewerkschaftskongreß von 1899 angenommen, lautet:

„Scheidet das Mitglied einer Gewerkschaftsorganisation aus seinem Berufe aus, so kann es Mitglied seiner ersten Organisation bleiben. Von der Organisation des neuen Berufes darf kein Zwang auf ein solches Mitglied ausgeübt werden, daß es sich dieser Organisation anschließen soll. Dagegen hat jedes Mitglied einer gewerkschaftlichen Organisation sich bei Kämpfen zwecks Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen den Beschlüssen derjenigen Organisation, in deren Beruf es arbeitet, unterzuordnen.“

Es lagen der Konferenz Vorschläge vor, nach welchen die Mitglieder bei Berufswechsel der Organisation ihres neuen Berufes beitreten sollen, es sei denn, ihre Beschäftigung im neuen Berufe gilt nur als eine vorübergehende. Ferner wurden noch Bestimmungen bezüglich des Uebertritts aus einer Organisation in die andere in Vorschlag gebracht. Nach eingehender Diskussion, in welcher auch die Abgrenzung der Agitationsgebiete für die einzelnen Organisationen eine große Rolle spielte, lehnte die Konferenz alle nach dieser Richtung gemachten Vorschläge ab, weil sich eine allgemeine Regelung dieser Fragen kaum herbeiführen läßt und bis auf weiteres den einzelnen Organisationen untereinander die Regelung vorbehalten bleiben muß.

Sodann erörterte die Konferenz allgemein die bei Streiks und Aussperrungen anzuwendende Taktik und empfahl, daß bei Kämpfen, die sich voraussichtlich auf Berufe erstrecken würden, die bei Beginn des Kampfes nicht unmittelbar beteiligt sind, eine vorherige Verständigung mit den Organisationen dieser Berufe herbeigeführt werden soll.

Gewerkschaftliche und amtliche Statistik lautete der zweite Punkt der Tagesordnung der Konferenz. Es wurde hierbei vereinbart, daß Materialien über die Gewerkschaften im allgemeinen nur durch Vermittlung der Generalkommission an die Behörden gelangen soll, welche solches Material wünschen.

Dann wurde die Generalkommission beauftragt, dahin zu wirken, daß die amtliche Streikstatistik so gestaltet wird, daß den Gewerkschaften die Mitarbeit an dieser Statistik ermöglicht ist, d. h. es soll bei der Regierung beantragt werden, die Fragen kriminalrechtlicher Natur in der amtlichen Statistik fortfallen zu lassen. Wenn dieses Verlangen erfüllt wird, so könnte die gewerkschaftliche Statistik wesentlich vereinfacht werden.

Die letztere soll aber, ohne Rücksicht darauf, ob dem Wunsche der Gewerkschaften seitens der maßgebenden Stellen Folge gegeben wird, insofern eine Erweiterung erfahren, daß nicht nur über die Streiks, sondern auch über die Lohnbewegungen, welche ohne Arbeitseinstellung ihre Erlebigung finden, alljährlich berichtet wird.

Die für die gewerkschaftliche Streit- und Gewerkschaftsstatistik verwandten Materialien wurden einer kritischen Besprechung unterzogen und Anregungen für Verbesserungen und Vereinfachung gegeben.

Der Internationalen Vereinbarung, welche die Konferenz der gewerkschaftlichen Landessekretäre im Juli 1903 in Dublin getroffen hatte, wurde die Zustimmung gegeben. Einem Mißstande, der auf internationalem Gebiet insofern besteht, daß den Mitgliedern deutscher Gewerkschaften bei Auswanderung nach Amerika, Australien und England der Eintritt in die Organisationen dieser Länder sehr erschwert wird, soll dadurch abgeholfen werden, daß alle Verbände die Bruderorganisationen in den genannten Ländern zum Abschluß von Kartellverträgen betreffend Uebertritt der Mitglieder veranlassen.

Bezüglich der Kaiserfeier wurde von der Konferenz dem Wunsche Ausdruck gegeben, die entscheidende Stelle (der internationale Arbeiterkongreß) möge dafür sorgen, daß die Feier in allen Ländern einheitlich werde, damit nicht den Arbeitern des einen Landes Kosten auferlegt werden, die sich aus der Durchführung des Beschlusses von 1899 ergeben, während andere Länder sich diesem Beschluß gegenüber passiv verhalten. Läßt sich diese Einheitlichkeit nicht herbeiführen, so müsse der Beschluß von 1899 abgeändert oder aufgehoben werden.

Der Heimarbeiterschuß-Kongreß soll, so beschloß die Konferenz, Anfang Februar 1904 stattfinden. Als Tagesordnung wurde in Aussicht genommen: 1. Die soziale Lage der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen und die Notwendigkeit ihres gesetzlichen Schutzes. 2. Die gesundheitlichen Gefahren der Hausindustrie für das konsumierende Publikum. Es soll ferner darauf hingewirkt werden, daß seitens der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage in der nächsten Session ein Heimarbeiterschuß-Gesetzentwurf eingebracht wird. Der Kongreß soll in Berlin stattfinden, um den Reichstagsabgeordneten und Regierungsvertretern Gelegenheit zu geben, die Wünsche der Heimarbeiter unmittelbar kennen zu lernen.

Die Konferenz nahm sodann noch einige aus dem Kreise der Teilnehmer gegebene Anregungen entgegen, bezüglich der von den Korrespondenzbureau verfaßten Literaturbeiträge, der Unterstützung der Textilarbeiter in Grimmitzhan, Einrichtung eines gemeinsamen Uebersehungsbureaus usw. Der Vorsitzende der Konferenz konnte am Schluß der Verhandlungen konstatieren, daß in der Konferenz ein geschlossenes Zusammenwirken der Zentralverbände zutage getreten sei, das erwarten läßt, es würden auch die noch schwebenden und durch Beschlüsse nicht zu beseitigenden Differenzpunkte aus dem Gewerkschaftsleben Deutschlands bald völlig verschwinden.

Rundschau.

Zu der mehrmals auch von uns erwähnten Affäre Dr. Mühlspfordt, ehemaligen Sekretärs der Handwerkskammer in Halle, erläßt die Handwerkskammer folgende Erklärung:

„In der Mühlspfordtschen Angelegenheit ist zu berichten, daß derselbe unterm 19. September c. an die Halle'schen Tagesblätter, sowie auch an die Schriftleitung unseres Kammerorgans auf Grund des § 11 des Preßgesetzes das Verlangen der Aufnahme einer Erklärung gerichtet hat,

welche in den Behauptungen gipfelt, daß das Gericht ihn nicht schuldig gesprochen habe, er die ihm zur Last gelegten Straftaten ableugnet und behauptet, die Disziplinaruntersuchung gegen sich, den Kammervorstehenden und die Vorstandsmittelglieder beantragt zu haben. Wir lehnen jede Verantwortung und jeden Schriftwechsel mit einem geisteskranken Menschen ab, da derselbe für seine Äußerungen nicht zur Rechenschaft gezogen werden kann. Nach den vorliegenden Medizinergutachten von Sachverständigen ist die strafrechtliche Verfolgung M. S. für seine Vergehungen ausgeschlossen, ebenso die disziplinarische Enthebung von seinem Amte als mittelbarer Staatsbeamter durch die Aufsichtsbehörde. Wir sind nicht in der Lage, die von ganz hervorragenden Autoritäten abgegebenen Gutachten anzusehen und irgendwie zu erläutern, und bedauern nur, daß M. bei Abschluß des Anstellungsvertrages den Organen der Kammer dolose seinen krankhaften Geisteszustand verschwiegen hat, um so mehr, als ihm selbst dieser seit langen Jahren bereits bekannt war. Wir sehen auch insoweit dem Ausgang des von M. gegen uns angestrebten Prozesses mit großer Ruhe entgegen.

Wie ist es nur möglich, daß ein Mann, der, wie die Handwerkskammer sagt, seit langen Jahren seinen krankhaften Geisteszustand gekannt hat, dennoch sich zur Annahme eines solch verantwortungsvollen Postens bereit finden konnte, und sich trotz seiner Geisteskrankheit um das Handwerk so „verdient“ machen konnte, wie seinerzeit die „Fachszeitung“ behauptete!

Da sieht man allerdings vor einem „psychologischen Mästel“.

Die geistige Befähigung unserer Juristen erhält eine recht traurige Beleuchtung durch eine Bekanntmachung, die der Dekan der juristischen Fakultät der Göttinger Georg-August-Universität an die Studierenden der Rechtswissenschaft richtet. Darin heißt es: „Die unerfreulichen Ergebnisse der während der letzten Monate in Celle abgehaltenen Prüfungen von Rechtskandidaten geben uns Veranlassung, die Herren Studierenden nachdrücklich vor der Art des Studienganges zu warnen, welche in neuerer Zeit mehr und mehr um sich gegriffen hat. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Studierenden gibt sich dem Glauben hin, daß es für die Erlangung der erforderlichen Reife genüge, sich während der letzten Semester die notwendigen Kenntnisse „einpauken“ zu lassen. Auf diese bedenkliche Anschauung ist der ungünstige Ausfall der Examina in den meisten Fällen zurückzuführen. Es ist allerdings nicht schwer, sich im Laufe einiger Semester einen gewissen Fonds positiver Kenntnisse anzueignen, aber nur in den seltensten Fällen wird dies genügen, um auch nur das Examen notdürftig zu bestehen, und ein auf diese Weise Vorbereiteter bleibt zitlebens ein stümperhafter Jurist. Gerade die ersten Semester sind dazu da, um sich in die eigentümlichen Denkformen der Jurisprudenz einzuleben, um gewissermaßen in juristischer Luft atmen zu lernen — dies kann aber nur allmählich geschehen, und niemals kann es durch eine noch so große Masse juristischer Kenntnisse ersetzt werden. Umgekehrt wird derjenige, der von Anfang an die Vorlesungen regelmäßig besucht hat, ganz von selbst mit diesem juristischen Geist erfüllt, und auch die Aneignung der erforderlichen positiven Kenntnisse wird ihm dadurch unendlich erleichtert.“

Was den Studierenden der Rechtswissenschaft an Fleiß abgeht, ersetzen sie als Mitglieder feudaler Verbindungen durch Schneid und Prozederei, und später im Amt macht Streberei wieder gut, was die Befähigung vermissen läßt.

Arbeitslohn und Kapitalgewinn. Die „N. N.“ gibt eine Vergleichung der Lohnsumme, Dividendensumme und der Abschreibungen bei der Vereinigten Königs- und Laurahütte in den letzten drei Geschäftsjahren. Wir entnehmen ihren Zahlen, daß im vorletzten Geschäftsjahre, 1901/1902, diese drei Posten zusammen M. 22 702 731 betragen, im letzten Geschäftsjahr aber, 1902/1903, M. 23 044 178. Diese Gesamtsumme ist also im letzten Geschäftsjahre um M. 341 447 größer, als im Jahre zuvor. Dagegen betrug die Lohnsumme im ersten Jahre M. 17 002 416, im letzten Jahre nur M. 16 573 462, ist also um M. 428 954 niedriger als im ersten Jahre. Bei erhöhtem Gesamtergebnis also erhebliche Lohnkürzung und erhebliche Steigerung des Kapitalgewinnes. An diesem Extraprofit ist die Summe der Abschreibungen beteiligt mit rund M. 500 000 und die Dividendensumme mit rund M. 270 000. Das ist kapitalistische Teuferei.

Schrecklich!!! Mit einer Woche Mittelarrest ist bei den Lüneburger Dragonern ein Unteroffizier bestraft worden, weil er im Theater während der Pause mit einem sozialdemokratischen Medaieur gesprochen hatte. Schon lange bevor der Medaieur Sozialdemokrat und der Unteroffizier Soldat wurde, waren beide eng befreundet gewesen. Ohne daß sie von einander wußten, trafen sie sich plötzlich in Lüneburg und dachten in der Freude des Wiedersehens nicht daran, sich gegenseitig zu „schneiden“. Der Unteroffizier betonte denn auch im Verhör, daß der Medaieur ein alter Freund von ihm sei. Das wurde aber dem jungen Vaterlandsheld nicht recht übel genommen. Dieser Praxis scheint man übrigens auch bei Zivilbehörden zu huldigen. So wurde vor längerer Zeit in einer mitteldeutschen Provinzhauptstadt ein Postunterbeamter in eine langwierige Untersuchung verwickelt, weil er mit seinem Schwager, einem Sozialdemokraten, ein Glas Bier getrunken hatte. Kommentator ganz überflüssig!

Ein Arzt für den Achtstundentag. In einem sozialwissenschaftlichen Kursus, der letzte Woche in Karlsruhe stattfand, sprach sich Medizinalrat Dr. Kürz u. a. auch über den Arbeiterschutzes aus, wobei er die Festsetzung des achtstündigen Maximalarbeitstages verlangte und sich für die Einführung der englischen Arbeitszeit erklärte. Die Frauen müssen der Familie wiedergegeben werden, den Müttern müßte längere Arbeit jeder Art unterzagt werden. Die Kinder unter 14 Jahren müssen unbedingt gänzlich geschont werden. Armen Familien muß das ökonomisch möglich gemacht werden. Notwendig ist dann, daß die schwierige Frage in Angriff genommen werde, dem Pauperismus, dieser Ursache aller Uebel, entgegenzutreten. Der Staat müßte in ähnlicher Weise, wie das beim Militär für eine halbe Million Menschen geschieht, seinerseits die Beschaffung der wichtigsten

Lebensbedürfnisse zu billigen Preisen übernehmen, jedem ein Existenzminimum sichern. Medizinalrat Dr. Kürz steht sicherlich nicht in dem Verdacht, Sozialdemokrat zu sein. Seine Forderungen aber, die er für die Reform der sozialen Hygiene aufstellt, nähern sich in manchen Punkten den Forderungen unseres Parteiprogramms. Das ist eine Tatsache, aus der zu erkennen ist, wie sehr die sozialistischen Ideen immer mehr die Köpfe revolutionieren und beherrschen.

Ein Großunternehmer für die Verkürzung der Arbeitszeit. Der hervorragende Eisenbahn- und Wasserleitungsbauer in Australien, C. F. Wentworth Cookson, veröffentlicht in einer der letzten Nummern der Londoner Monatschrift „Empire Review“ unter dem Titel: „Eine Anregung und eine Warnung“ die Ergebnisse einer mehr als 20jährigen Erfahrung über das Verhältnis von Arbeitsleistung zur Arbeitszeit. Da es sich hier um Tatsachen handelt, die ein Unternehmer in seiner Praxis selbst erlebt hat, mögen seine Ausführungen vielleicht auch da Beachtung finden, wo man den Forderungen der sogenannten Theoretiker mißtrauisch gegenübersteht. Cookson erhebt ein wichtiges Argument, daß die denkbar wohlfeilste Arbeitskraft ein gut behaltener Achtstundearbeiter sei. Niemand, der sein Brot mit schwerer körperlicher Arbeit verdienen könne länger als acht Stunden täglich seine volle Leistungsfähigkeit einfallen. Die noch viel zu sehr verbreitete Annahme, daß man besser fahre, wenn man für zehnstündige Arbeitszeit z. B. M. 5 bezahlt, als wenn man den gleichen Betrag für acht Stunden anlegt, sei sehr irrig. In den britischen Kolonien Australiens herrscht der Achtstundentag bei einem Stundenlohn von M. 1 und dabei kommen meist die Unternehmer weit besser voran als in England, wo im allgemeinen noch zehn Stunden gearbeitet und nur eine halbe Mark gezahlt wird. Ein langer Arbeitstag schädigt nicht nur die Gesundheit und das Familienleben des Arbeiters, sondern auch, und in noch höherem Grade, die Interessen des Fabrikanten. Dafür führt Cookson viele Beispiele an: drei der lehrreichsten mögen hier Platz finden. Er selbst machte einmal, als er sehr gedrängt wurde, einen Versuch mit zehn Stunden bei entsprechender Lohnerhöhung. Nach Vollenbung der Arbeit ergaben seine genauen Berechnungen, daß er bloß 15 pZt. mehr Arbeitsleistung erzielt hatte, obwohl er um 25 pZt. mehr Zeit zur Verfügung und dafür um 26 pZt. mehr Lohn gezahlt hatte. Dagegen versuchte er einmal, den Tageslohn von M. 8 auf M. 9 zu erhöhen, um zu sehen, ob seine Leute, ohne daß er sie dazu aufforderte, ganz von selber tüchtiger arbeiten würden. Was geschah nun? Sie verließen täglich zwei Kubikyards Ballast mehr als früher, und das brachte Cookson bei einer täglichen Lohnextrazahlung von M. 120 einen täglichen Ertragewinn von M. 480. Ein anderer Eisenbahnunternehmer machte es umgekehrt, indem er, um vermeintlich zu sparen, den Tageslohn von M. 8 auf M. 7,50 herabsetzte; die Folge war, daß die Arbeiter nur um 6 pZt., der Unternehmer aber um 15 pZt. schlechter fuhren. Solche Tatsachen sprechen eine eindringliche Sprache.

Großes Gewicht legte Cookson, der nur vom Standpunkte des Unternehmers aus die Dinge beurteilte, auch auf die Bedeutung eines guten Einvernehmens zwischen Chef und Personal für den industriellen Erfolg. „Was veranlaßt die Leute, in glühender Sonne sich Monate lang besonders anzustrengen? Bedinglich das Gefühl der Würdigung der ihnen zu teil gewordenen gerechten Behandlung mit hohen Gegenleistungen zu erwidern. Die Hervorbringung derartiger Beziehungen zwischen Arbeitsherrn und Angestellten lohnt ein Versuch.“ Er geht so weit, zu behaupten, daß die von Unmäßigkeit im Trinken herrührende Unzulänglichkeit der Arbeitsleistung mit der Länge des in Europa üblichen Arbeitstages zusammenhängt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den Verbandsmitgliedern hierdurch zur Nachricht, daß durch gemeinsame Wahl des Vorstandes und Ausschusses unter 79 Bewerbern der Kollege Mich. Reibitsch, Bärfstenmacher in Chemnitz, als Hilfsarbeiter auf dem Verbandsbureau in Stuttgart gewählt worden ist. Zugleich bitten wir die übrigen Bewerber, von vorstehender Mitteilung auf diesem Wege Kenntnis nehmen zu wollen.

Auf die in voriger Nummer veröffentlichte Bekanntmachung betr. Anstellung besoldeter Gauvorsteher machen wir hierdurch nochmals aufmerksam.

Auf den mehrfach geäußerten Wunsch der Tariffkommission der Parkettleger in München bringen wir unsere Bekanntmachung aus Nr. 36 der „Holzarbeiter-Ztg.“ nochmals zur Kenntnis der Kollegen. Sie lautet:

An die Parkettleger Deutschlands!

Nachdem durch wiederholte Einsendungen in der „Holzarb.-Ztg.“ die Erstrebung einheitlicher Tarifvereinbarungen für die Parkettleger in ganz Deutschland angeregt worden ist, hat auch der unterzeichnete Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu dieser Frage Stellung genommen. Wie in Nr. 30 veröffentlicht wurde, hat eine Versammlung der Parkettleger in Stuttgart beschlossen, an den Verbandsvorstand das Ersuchen zu richten, zur Anbahnung eines einheitlichen Akkordtarifs der Parkettleger für ganz Deutschland zu folgenden Vorschlägen seine Zustimmung zu geben und die Durchführung derselben zu veranlassen:

„Zur Vorberatung des Tarifs soll in einer dazu geeigneten Zahlstelle eine Kommission eingesetzt werden. An diese sind alle Anträge bezüglich des Tarifs einzusenden. Zur Beratung in den Zahlstellen sollen die bestehenden Lokaltarife ausgetauscht werden. Die Kommission hat nach

Beendigung ihrer Arbeit den Zahlstellen eine Vorlage zu unterbreiten. Sollte durch den schriftlichen Verkehr die Festsetzung des Tarifs nicht möglich sein, dann ist zu diesem Zwecke eine Konferenz einzuberufen.“

Der Vorstand hat diesen Vorschlägen seine Zustimmung erteilt und auf Antrag der Zahlstelle München der Tariffkommission der dortigen Sektion der Parkettleger die Funktionen zur Einleitung einheitlicher Tarifbestrebungen übertragen. Wir ersuchen die Zahlstellen derjenigen Orte, in welchen sich Parkettleger befinden, diese Kommission in ihren Arbeiten tatkräftig zu unterstützen.

Stuttgart, im August 1903.

Der Verbandsvorstand.
S. A.: Theodor Seipart.

Bezugnehmend auf obige Bekanntmachung des Vorstandes, teilen wir den Zahlstellen mit, daß die Kommission, bestehend aus den Parkettleger Hans Estermann, Mathias Springmann und Engelbert Holzappel, sich konstituiert hat und als Vorsitzender derselben der Unterzeichnete bestimmt wurde.

Im Laufe der kommenden Woche wird mit dem Versand der Zirkulare und Fragebögen zur Sammlung des nötigen Materials als Grundlage zur Anbahnung einheitlicher Tarifbestimmungen begonnen werden. Wir ersuchen die Gauvorstände und Zahlstellenverwaltungen, uns in unseren Bestrebungen weitestmöglich zu unterstützen. Sollten einzelne Zahlstellen beim Versand übersehen worden sein, so bitten wir, das Material für die Parkettleger sofort bei uns zu reklamieren.

Alle Zuschriften und Sendungen sind zu richten an das Bureau der Zahlstelle, München, Humboldtstraße 40, 1. Et.

München, im August 1903.

Tariffkommission der deutschen Parkettleger.
S. A.: Hans Estermann, Parkettleger.

Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

82668 Joh. Werner, Mobelknecht, geb. 18. 12. 69 zu Altenessen.
89280 Friz Wschinat, Polierer, geb. 27. 3. 71 zu Memel.

Stuttgart, den 31. Oktober 1903.

Der Verbandsvorstand.

Sterbefaßel.

- Otto Kaiser, Maschinenarbeiter, geb. 24. 9. 65 zu Breitenau i. G., gest. 28. 10. 03 zu Pirna.
- Friedrich Meißner, geb. 16. 1. 84 zu Reichelsheim, gest. 16. 10. 03 zu Darmstadt.
- Wenzel Kraha, geb. 9. 6. 63 zu Trugschütz, gest. 13. 10. 03 zu Großschönau.
- Franz Hildebrandt, Tischler, geb. 26. 3. 83 zu Kl.-Brodsende, gest. 26. 10. 03 zu Solinow.
- Emil Florisch, Korbmacher, geb. 21. 11. 74 zu Eisenberg, gest. 8. 10. 03 zu Gröbhelingen.
- Kasper Koster, Klavierarbeiter, geb. 8. 6. 82 zu Neu-Drossenfeld, gest. 18. 10. 03 zu Regensburg.
- Kaspar Hertlein, Mobelknecht, geb. 28. 11. 40 zu Schwabach, gest. zu Nürnberg.
- Georg Waier, Schreiner, geb. 4. 4. 74 zu Windsheim, gest. zu Nürnberg.
- Ronrad Schlafer, Drechsler, geb. 18. 12. 75 zu Reichenschwand, gest. 18. 10. 03 zu Nürnberg.
- Eva Stämmer, Pinselmacherin, geb. 26. 7. 67 zu Weidenberg, gest. 26. 10. 03 zu Nürnberg.
- Christian Rente, Schreiner, geb. 9. 8. 60 zu Warschau, gest. 27. 10. 03 zu Nürnberg.
- Christoph Seidner, Drechsler, geb. 18. 2. 63 zu Nürnberg, gest. 30. 10. 03 zu Nürnberg.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

17. Gau. Vorort München.

Den in dem Prozesse gegen Kempf & Geiger in Miltshdorf a. Inn beteiligten Kollegen zur Nachricht, daß die Verhandlung in der Berufungsinstanz am Landgericht Traunstein erneut auf Donnerstag, den 26. November l. Jahres, vertagt wurde. Wir ersuchen, davon Kenntnis zu nehmen.

München, den 1. November 1903.

Ant. Raith, Gauvorsteher, Humboldtstr. 40, 1. Et.

9. Gau. Vorort Magdeburg.

Am 31. Oktober sind an sämtliche Zahlstellen und sonstigen Orte unseres Gaus, an denen meiner Kenntnis nach, Mitglieder beschäftigt werden, Fragebogen zur Versendung gelangt. Sollten dieselben irgendwo nicht eingetroffen sein, so ersuche ich, die nötige Anzahl umgehend von mir einzufordern; das gleiche auch, wenn die gesandte Anzahl nicht genügt. Den Fragebogen beigegeben sind auch je drei Zirkulare zur Information der Lokalverwaltungen über den Zweck dieser Veranstaltung und Instruktionen enthaltend bezüglich der Ausführung. Die Befanngabe derselben, sowohl in den Mitglieder- wie Werkstattriberaunsmänner-Versammlungen ist notwendig. Bis zum 28. November müssen die ausgefüllten Fragebogen an die Lokalverwaltungen zurückgeliefert sein, resp. diese haben dafür Sorge zu tragen, daß es geschieht. Sodann sind dieselben umgehend an mich einzusenden. Etwaige, in ihrer Pflicht säumige Zahlstellen müssen es sich dann schon gefallen lassen, daß ihnen eine Ehrentafel in unserer Zeitung gestiftet wird. Uebrigens ist die Arbeit, wie sie eingerichtet ist, nicht gewaltig, und ich darf deswegen wohl die Erwartung aussprechen, daß ein jeder Kollege Veranlassung nimmt, zur Sammlung des Materials beizutragen; soll es doch dazu

biene, Kenntnis über die in den Holzstellen unseres Landes herrschenden Missetände in unseren Berufen zu erlangen. Deswegen ist auch ein vollständiges Material notwendig und auch über die Werkstätten Auskunft zu erlangen zu trachten, in denen wir zur Zeit keine Mitglieder haben, aber in denen überhaupt keine Kollegen, aber Lehrlinge beschäftigt werden. Veräume auch niemand, die sich bei Sammlung des Materials ergebende Gelegenheit zur Werbung von Mitgliedern zu benutzen.
Magdeburg, 31. Oktober 1908.
Ernst Bauer, Gauvorsteher.

Korrespondenzen.

Berlin. Die im Treppenaufbau beschäftigten Kollegen hielten am 25. Oktober eine Zusammenkunft ab, in der leider die Kollegen aus den Werkstätten von Stahl, Molek und Beschel, obgleich eingeladen, fehlten. Kollege Pattloch tabelte das Ueberstundenwesen während der günstigen Konjunktur in der Baubranche, und legte den Kollegen nahe, bei ihren Weisern den Versuch zu machen, daß sie in der flauen Zeit lieber etwas auf Vorrat machen lassen sollten, damit in günstigerer Zeit fertige Arbeit vorhanden sei und keine Ueberstunden gemacht werden brauchten. Des weiteren mahnte er, sich dem Verbands anzuschließen und dabei mitzuhelfen, daß Missetände beseitigt und bessere Zustände in den Werkstätten geschaffen würden.

In der am 29. Oktober abgehaltenen Generalversammlung erfolgte die Berichterstattung des Vorstandes, des Arbeitsvermittlers, des Kassierers, der Kontrollkommission und der Bibliothek. Der Kassenerbericht für die Hauptkasse weist eine Einnahme von M. 67 171,10 auf. Die Ausgabe betrug inf. M. 62 247,10. Guthaben der Lokalkasse vom 2. Quartal M. 94 911,68. Das Guthaben der Lokalkasse für das 4. Quartal beträgt M. 37 740,56. Die Lokalkasse hatte Bestand vom 2. Quartal M. 208 754,51, Einnahme im 3. Quartal M. 68 458,51, Ausgabe M. 39 812,70, Bestand für das 4. Quartal M. 237 400,35. Das Guthaben bei der Hauptkasse ist im Kassensbestand mit einbegriffen. Für Streikunterstützung verausgabte die Hauptkasse M. 3426,85, die Lokalkasse M. 8978,35. Für Arbeitslosenunterstützung wurden aus der Lokalkasse M. 10 143,95 bezahlt. Ferner erhielten die Holzarbeiter in Grimmitzschau M. 3000 und die streikenden Schuhmacher in Berlin M. 500. Die Mitgliederzahl stieg von 12 796 auf 15 302. Auf dem Arbeitsnachweis gingen 2640 Adressen von 1660 Unternehmern ein. Vermittelt wurden 1797 Stellen. Als arbeitslos hatten sich 3477 Kollegen gemeldet. Aus der Bibliothek wurden 2149 Bände geliehen. Die Tätigkeit der Kontrollkommission ist aus folgenden Angaben zu ersehen:

Name der Branche	Zahl der Kolonnenmitglieder	Einnahmen		Ausgaben		Einnahme	Ausgaben	Einnahme	Ausgaben
		gezeichnet	unbezeichnet	gezeichnet	unbezeichnet				
Tischler	121	44	442	966	697	10876	9041	7999	7272
Alabierarbeiter	17	7	99	111	103	4693	2631	2526	1996
Drechsler	18	5	37	69	47	417	250	261	215
Stellmacher	11	5	26	97	32	844	141	135	93
Stodarbeiter	10	8	20	20	20	401	353	291	244
Verlunntarbeiter	3	—	6	10	10	344	191	86	76
Barckellegler	4	—	6	—	—	—	—	—	—
Summa	180	73	636	1273	909	17076	12607	11298	9896

Raut Bericht des Vorstandes fanden 13 ordentliche und 3 außerordentliche Verwaltungssitzungen, 3 Vertrauensmännerversammlungen für sämtliche Branchen und Bezirke und eine Generalversammlung statt. Die Verwaltungssitzungen beschäftigten sich 141 mal mit Werkstattstreiks und Differenzen. 24 Kollegen erhielten Rechtschutz, 12 Gemahregelungenunterstützung, 33 Darlehn und Extraintervention. Im 3. Quartal waren in 146 Werkstätten mit annähernd 4000 Gesellen Lohn-differenzen ausgebrochen. In fast allen Fällen hatten die Kollegen Forderungen gestellt. Nur in 11 Betrieben handelte es sich um Abzüge und andere Ursachen. Zwei Werkstätten streikten wegen Maßregelung, unanständiger Behandlung und Entfernung von Streikbrechern und Vigilanten. Die aufgelisteten Forderungen waren in 64 Bauschlereien vollständige Abschaffung des Maschinengebühres, Aufstellung eines Retortentarifs, eine minimale Erhöhung der Akkordpreise und in 2 Werkstätten noch Lohnsicherung bei neuen Arbeiten und Arbeiten nach Zeichnung. 38 Unternehmer der Baubranche bewilligten die Forderungen ohne Arbeitsniederlegung. In 26 Bauwerkstätten mit 458 Kollegen kam es zum Streik. Drei Streiks gingen verloren. Zwei Unternehmer fanden genügend Arbeitswillige und in der dritten Werkstätte wurde der Streik verlagert. Die übrigen 23 Bauschlereien bewilligten dann nach kurzer Streikdauer die meisten der aufgestellten Forderungen. Außer den 64 Bauschlereien hatten noch 71 Werkstätten anderer Branchen Erhöhung der Akkordpreise, Lohnerhöhung, erhöhtes Kostgeld und in einigen Fällen Lohnsicherung bei Akkordarbeit gefordert. In 61 Werkstätten kam eine Einigung ohne Streik zu Stande. In den Streik traten 10 Werkstätten, der in 8 Fällen mit Bewilligung der Forderungen endigte. Außer den 26 Bauschlereien mit 458 Kollegen streikten noch 15 Betriebe mit 330 Kollegen. Es befanden sich im 3. Quartal insgesamt 41 Werkstätten mit 788 Kollegen im Streik. Die Berliner Bauschler hatten für dieses Jahr eine allgemeine Lohnbewegung geplant, die aber vom Hauptvorstand nicht genehmigt wurde. Es konnte deshalb nur in einzelnen Werkstätten, wo es die Lohnverhältnisse dringend erforderten, vorgegangen werden. Die Kosten für die dadurch ausgebrochenen Werkstattstreiks trägt die Lokalkasse. Die lebhafte Streikbewegung hat ihre Ursache in den Maßnahmen der Unternehmer während der letzten Jahre. Statt die im Jahre 1900 getroffenen Vereinbarungen einzubehalten, um ein Sinken der Löhne und infolgedessen auch ein Sinken der Preise für ihre Erzeugnisse zu verhindern, haben sie alle Abmachungen auf, als sie glaubten, einen derartigen Schritt unternehmen zu können. In den meisten Betrieben wurden die Akkordpreise reduziert. Dadurch und auch durch die brutalen Unterdrückungsversuche der Unternehmerverbände sind die Berliner Kollegen derartig herausgefordert worden, daß sie unbedingt sofort die verlorenen Positionen zurückzugewinnen versuchen, sobald sich eine Gelegenheit dazu bietet.

Die Werkstattkämpfe haben auch im 4. Quartal ihren Fortgang genommen und sind ebenfalls gute Erfolge erzielt worden. Der Vorstandsbericht wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Generalversammlung bewilligte dann ihren vier Beamten eine Lohnerhöhung, indem sie die Gehälter so festlegte, wie sie für die Bauvorarbeiter gezahlt werden (M. 1800, jedes Jahr um M. 80 steigend, bis zur Höchstgrenze von M. 2000). Einem Kollegen wurde das Recht abgesprochen, Aemter im Verbands bekleiden zu können, zwei Kollegen wurden ausgeschlossen und zwei vor 8 1/2 Jahren ausgeschlossene Kollegen wurden wieder aufgenommen.

Würgel t. Th. In der letzten Mitgliederversammlung fand eine lebhafte Aussprache statt über die hiesigen Arbeitsverhältnisse. Die 100 organisierten Holzarbeiter in Würgel sind alle Stodarbeiter und ist die Mehrzahl in den beiden größten Betrieben bei Gähner und Neuschäfer & Späth beschäftigt. Schon des öfteren sind in den Versammlungen Missetände, welche in diesen Fabriken bestehen, besprochen und auf Veranlassung unsererseits zum größten Teil abgestellt worden. Auch in letzter Zeit haben wieder verschiedene Werkstattversammlungen Stellung genommen zur Beseitigung bestehender Missetände und zur Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen. Sind die Kollegen auch in Zukunft stets treue Kämpfer, dann wird zu gegebener Zeit so manches besser werden. Auf einen Hieb fällt kein Baum. Die Versammlung war der Ansicht, beim Hauptvorstand dahin zu wirken, daß dieser einmal speziell eine Agitation unter den Stodarbeitern Deutschlands betreibt. Wie viele dunkle Winkel in dieser Branche der Aufklärung bedürfen, das lehren uns die Verhältnisse täglich. Wenn die Agitationstour des Kollegen Hildebrand-Berlin das Erhoffte auch momentan nicht gebracht hat, so sind wir der Meinung, daß bei gründlicher Bearbeitung der gesamten Branche derartige Arbeiten ihre Früchte tragen werden. Wir empfehlen den Berliner Kollegen, unter welchen rechnerisch begabte vorhanden, dieser Frage noch näher zu treten. Wir Würgeler Kollegen werden tun, was in unseren Kräften steht.

Dresden. Die hiesige Stuhlpoliererei Pfeiffer & Gröschel, wo wegen Nichtbewilligung der bereits in anderen Betrieben vorhandenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Polierer die Arbeit verließen, macht jetzt alle Anstrengungen, die Plätze zu besetzen. Ein Polierer, welcher sich auf Inzerat an die Firma wandte, erhielt folgendes Schreiben:

„Im Besten Ihres heutigen Briefes, teilen wir Ihnen mit, daß Ihrer Arbeit bei uns durchaus nichts im Wege steht. Wir garantieren Ihnen, daß wir Sie dauernd beschäftigen. Von den bei uns entlassenen sechs Polierern kommt auch nicht einer wieder bei uns in Arbeit. Unser Betrieb geht, trotz des Streiks dieser sechs Männer, ruhig weiter und glauben Sie ja nicht, daß Sie der erste sind, der bei uns antritt. Wenn Ihnen also etwas an einer dauernden Stellung liegt, geben Sie uns sofort wieder Bescheid, wann Ihr Eintritt bei uns erfolgen kann. Sonst engagieren wir andere Leute. Damit Sie nicht durch die Streikposten allein passieren brauchen, würden wir Ihnen einen Ort nennen, wo wir Sie abholen.“

Die Poliererversammlung hat über den Betrieb die Sperre verhängt. An die Polierer allerorts richten wir das dringende Ersuchen, diesen Beschluß zu respektieren und dafür zu sorgen, daß er bekannt wird.

Lüdenscheid. Am 25. Oktober sprach hier in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung unser Gauvorsteher, Kollege Hartung, über das Thema: „Wie stellen sich die hiesigen Kollegen zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse?“ Die Versammlung war trotz reger Agitation nur mäßig besucht. Diese beschämende Tatsache muß festgestellt werden, und wir können den Vorwurf vor allen Dingen den organisierten Kollegen nicht ersparen. Kollegen, was nützt es Euch, wenn Ihr im Wirtschaft über die schlechten Zeiten und über den niedrigen Verdienst klagt, durch die Schimpferei wird es nicht besser, geht hinein in Eure Organisation und besucht fleißig die Mitgliederversammlungen, denn da ist die Stelle, wo Ihr Eure Beschwerden vorbringen könnt. Redner entlegte sich seines Auftrages in trefflichster Weise. An der Hand der Statistik wurde den anwesenden Kollegen vor Augen geführt, wie sich die Unternehmer trotz der Bevölkerungszunahme verminderten und die Zahl der Arbeitnehmer sich immer vermehrte. Wenn früher noch mancher Kollege die Hoffnung hatte, auch einmal selbständig zu werden, so sei das heute nicht mehr der Fall. Redner schildert weiter in leicht verständlichen Worten, daß es heute gar nicht mehr anders möglich sei, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, als nur durch die Organisation. Daher sei es auch Pflicht eines jeden Arbeiters, sich der Organisation anzuschließen, um gemeinschaftlich mit seinen Arbeitsbrüdern bessere Verhältnisse zu erkämpfen. Am Schlusse seines Vortrages führte der Referent noch die Leistungen des Verbandes innerhalb seines zehnjährigen Bestehens an und ermahnte die Kollegen, trenn zur Fahne zu halten und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Kollege von Lüdenscheid dem Verbands beigetreten sei.

Rehan in Oberfranken. Vor kurzem fand hier eine öffentliche, sehr gut besuchte Holzarbeiterversammlung statt, in welcher der Arbeitersekretär, Kollege Dorn aus Nürnberg, über das Thema: „Die Lage der Holzarbeiter und der Wert der Organisation“ referierte. Redner schilderte in großen Umrissen, mit welchen Unbilden heutzutage der Arbeiter zu kämpfen hat, wie er schließlich jede Arbeit, auch die gesundheitsgefährlichste, übernehmen muß, nur um sich und seine Familie mit den notwendigsten Bedürfnissen zu versehen, wie er sich abradern muß, und mit seinem Schweiß die Dividende der Unternehmer erhöht, wie er gezwungen ist, auszuharren in den dämpfen, staubigen Fabrikräumen, vom frühen Morgen bis zum Abend, und bei Ueberstundenarbeit auch bis in die Nacht, wie er schließlich, infolge schlechter Ernährung, ungesunder, unzureichender Wohnung und Ernahrung der staubigen Fabrikluft, den verschiedenartigsten Krankheiten, wie Tuberkulose usw., anheimfällt, und wenn dann seine Kraft in den besten Mannesjahren zu Ende ist, rücksichtslos von den Ausbeutern auf die Straße geschickt wird. Der Referent führte an, daß hier etwas geschehen müsse, um der Arbeiterschaft eine bessere Lebenslage zu schaffen, und daß dies nur durch die Organisation geschehen kann, nur durch die Organisation ist die Arbeiterschaft eine Macht, nur durch sie kann die Arbeitgeber-tätigkeit gezwungen werden, den Arbeitern bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gewähren. Dies kann aber auch nur

wieder erreicht werden, wenn in der Organisation Brüderlichkeit, Solidarität und gleiche Gesinnung vorhanden ist. An dieser Stelle verwies der Referent auf den Indifferenzismus der Kollegen, die sich nicht der Organisation anschließen und uns den Kampf um so schwerer machen. Auch den Grimmitzschauer Streik bezog. Aussperrung brachte er zur Sprache, wo die prozigen Textilbarone alle Hebel in Bewegung setzten, um die Organisation zu zerstreuen, was ihnen aber, dank der Einmütigkeit, die unter den Textilarbeitern herrscht, nicht gelingen wird. Ferner besprach er die Unfallversicherung, Arbeitslosigkeit, Ueberproduktion bezw. Minderleistung usw. Am Schlusse seines einkündigen Referates forderte er die Versammelten auf, treu zur Organisation zu halten, und legte ihnen ans Herz, daß sie auch als richtige Mitglieder tätig sein müssen, daß sie agitieren und andere Kollegen als Mitglieder heranziehen müssen, nur dadurch erfüllt ein Mitglied seine volle Pflicht. Im allgemeinen war das Referat von so durchschlagendem Erfolg, daß nach demselben sofort neun Kollegen aus der Holzbranche ihren Beitritt erklärten, so daß die hiesige Zahlstelle nunmehr 31 Mitglieder zählt. Auch andere wankelmütige Geister wurden durch das Referat zu neuer Begeisterung angepornt. Stürmischer Beifall wurde dem Referenten am Schlusse seines Referates zu teil. Hierauf ersuchte der Bevollmächtigte der hiesigen Zahlstelle die Mitglieder, die Versammlungen recht fleißig zu besuchen, und schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Zum Streik der Schreiner in der Fabrik für photographische Apparate von Dr. N. Krügener in Frankfurt a. M. wird uns geschrieben: Acht Wochen dauert derselbe bereits und wird auf beiden Seiten mit großer Hartnäckigkeit gelämpft. Daß den Fabrikanten ein solch außerordentlicher polizeilicher Schutz zur Seite steht, muß allerdings die Erbitterung auf Seiten der Arbeiter um ein beträchtliches steigern. Es handelt sich also nicht darum, die Ordnung auf der Straße aufrecht zu erhalten, dazu würden sechs bis sieben Schutzleute nicht erforderlich sein. Die Strafzettel, mit denen die Streikenden beglückt wurden, beweisen vielmehr, daß anscheinend das Streikpostenstehen überhaupt verboten werden soll. Auch der Preis dieser Strafzettel steigt ganz rapid, während die ersten für M. 2 und M. 3 pro Stück zu haben waren, stiegen die folgenden auf M. 10 und die letzten auf M. 20 und 30 pro Stück; im ganzen sind bis jetzt 14 solcher Strafmandate eingegangen. Fortgesetzt bemüht sich die Firma durch Agenten und Inzerate von auswärts Arbeitskräfte heranzuziehen, doch ist die Zahl derer, welche auf die Lokroute hineinfallen, eine äußerst geringe. Erhielten doch einzelne drei Schriftstücke von der Firma, in welchen die Ankunft des betreffenden Schreiners sofort erwartet wird. Verschmähen es doch die Werksführer nicht, bei den in den Ausstand Getretenen zu hohlen, um diese zum Streikbruch zu verleiten. Die Zahl der 32 in den Ausstand getretenen Schreiner und Maschinenarbeiter ist bis auf ein Drittel zurückgegangen, indem dieselben teils abgereist sind, teilweise in anderen Betrieben Arbeit annehmen. Die Firma behilft sich vorläufig mit einigen verkrachten Kräutern und jungen Leuten aus den Lahnauhöckern, für welche nach beendeter Feldarbeit allerdings eine solche Stelle eine fette Prämie bedeutet. Daß die Firma mit diesen Leuten ihren Betrieb noch lange halten kann, dürfte ausgeschlossen sein, und erwarten wir von den deutschen Kollegen auch für fernere strenge Fernhaltung des Zuguges nach besagtem Geschäft.

Von den Tischlern in Cassel, die am Streik teilnahmen, können, da die Maurerarbeiten zurück sind, 85 noch nicht eingestellt werden. Daraus ist für die Kollegen außerhalb Cassels wohl ersichtlich, daß dort Arbeiter mangel nicht besteht und sie bergänglich sich dort um Arbeit bemühen würden.

Bei der Firma Waggonfabrik Crede in Cassel haben die Arbeiter einige kleine Forderungen eingereicht. Verhandlungen haben bereits stattgefunden. Bis zur Erledigung ist Bezug von Stellmachern und Wagenbauern fernzuhalten.

In der Darmstädter Möbelfabrik sind Differenzen ausgebrochen. Zwei Kollegen sind bereits entlassen und dreien ist gekündigt. Bezug ist fern zu halten.

Die Möbelfabrik von Streil in Würzen sucht durch Inserieren in auswärtigen Zeitungen Arbeiter herbeizuziehen. Da die Firma die Forderungen ihrer Arbeiter nicht bewilligt hat (es handelte sich um Zahlung sehr niedriger Löhne), ist es nicht ratsam, bei der Firma Arbeit zu nehmen. Nähere Auskunft erteilt N. Noak, Würzen, Marthastr. 6.

Aus den Berichten der Holzbranche.

Ueber den Arbeitsmarkt im Monat September berichtet das „Reichs-Arbeitsblatt“, daß in den einzelnen Städten die Bauschlerei, der Lage des Baugewerbes entsprechend, verschiednen beschäftigt war. Lüren- und Profilmfabriken waren besonders in Anspruch genommen; in Sägen- und Hobelwerken habe die Tätigkeit etwas nachgelassen. In der Möbelfabrik wie in den übrigen Holzverarbeitenden Industrien sei im September eine Besserung des bis dahin etwas flauen Beschäftigungsgrades eingetreten.

Der Fleiß des ergebnisreichen Proletariats der Bürstenindustrie hat das unheimliche Hausprodukt der ersten Häuferei in einem langen Kampfe zum Handelsartikel einer Weltindustrie gemacht, deren Entwicklung in Schönheit in allen ihren Phasen noch heute erhalten ist. So schreibt in der „Zeitschrift für Bürsten-, Pinsel- und Kamminindustrie“ ein Herr Franz Böbel am Schlusse einer Artikelserie über Schönheitsbürstenindustrie. Dem Schreiber kam es natürlich in seiner Schilderung darauf an, zu zeigen, wie die armelige Hausindustrie immer mehr durch den modernen Großbetrieb verdrängt worden ist, und wie dieser es vermocht hat, aus kleinen Anfängen sich zu einer Weltindustrie zu entwickeln. Mit keinem Worte erwähnt er aber in seinen übrigen sehr lehrreichen Artikeln

der Lebenshaltung jener fleißigen ergebirgischen Proletarier", denen denn doch wohl der Hauptanteil an jener großartigen Entwicklung zugubilligen sein dürfte, weil infolge ihrer Anspruchslosigkeit es den Unternehmern möglich wurde, billig, sehr billig zu produzieren und sich den Weltmarkt zu erobern. Da den Verfasser die Lage der ergebirgischen Würtstenarbeiter anscheinend nicht interessierte, werden wir in nächster Zeit auf dieselbe zurückkommen und mit dieser Schilderung auch zugleich die Entwicklung der ergebirgischen Würtstenindustrie von der Heimarbeit bis zur Großindustrie eingehen, damit das Bild ein vollständiges und vollständiges werde.

Die Schönbacher und Markneukirchner Wagnmacher tun den ersten Schritt, um die Preise für ihre Produkte zu erhöhen. Sie haben beschloffen, vom 1. Oktober an die Preise für Kontrabässe, wie nachstehend verzeichnet, zu erhöhen. Es kosten vom 1. Oktober an:

3/4	Kontrabaß ohne Einlage	M. 20
3/4	" " "	" 22
3/4	" mit "	" 22
3/4	" ohne "	" 24
3/4	" " "	" 26

Für Wäße mit äußeren Reifen (Karnies) erhöhen sich diese Preise noch um M. 3 pro Stüd. Auch versichern sich jene Preise exklusive Schrauben und Saiten. Für geringe Cellos bis zu M. 15 hat von jenem Tage auch ein Preisaufschlag von 15 pSt. stattzufinden. Wer daher Wäße und Cellos nach dem angegebenen Termin nachweisbar billiger als vorstehend aufgezeichnet liefert, verfällt für jeden einzelnen Fall in eine Ordnungsstrafe von M. 20 und ist es Pflicht jedes Mitgliedes, sowie es von einer Uebertretung jener Bestimmung Kenntnis erlangt, den Vorfall zur Anzeige zu bringen. Etwa eingehende Strafgebühren werden von der Vereinigung zu einem näher zu bezeichnenden mildtätigen Zweck des betreffenden Ortes bestimmt. Wir erklären uns mit der vorstehenden Preisserhöhung sowie den daran geknüpften Bedingungen einverstanden und bezeugen dies durch Unterschrift.

Markneukirchen, am 4. August 1903.

(Folgen Unterschriften.)

Der Verband der deutschen Korkeindustriellen hat sich am 31. Oktober in Frankfurt a. M. ein Stellbildnis gegeben, und hat nach gegenseitiger Aussprache festgestellt, „was im Interesse der Branche zu tun ist“. Wir werden vielleicht Gelegenheit haben, den Kollegen mitteilen zu können, was die Herren Fabrikanten auf dem Herzen hatten.

Die Ausfuhr deutscher Korkewaren nach Cuba ist noch niemals groß gewesen, hat aber im letzten Jahre noch wieder abgenommen. Cuba führte ein 1901 für 49 285 Dollars Korkewaren, daran war Deutschland mit 1188 Dollars beteiligt. Im Jahre 1902 führte Cuba für 58 949 Dollars ein, woran Deutschland mit ganzen 149 Dollars partizipierte. — Eine dänische Firma berichtet, daß die Nachfrage auf dem dänischen Korkemarkt im ganzen gut sei, daß aber die Preise immer mehr gedrückt werden, so daß von einem Nutzen für die Fabrikanten nicht mehr zu reden sei. Die Einfuhr von fertigen Korken nehme fast wöchentlich zu, was natürlich einen bedeutenden Einfluß auf die Preise ausübe. Die Fabrikanten richten sich in allen Ländern selbst zu grunde durch das Ueberangebot von fertiger Ware zu natürlich billigen Preisen. Da müssen die Arbeiter schinden, für ein Lumpengeld die schwere Menge Korken herstellen, die man dann im Auslande infolge der niedrigen Herstellungskosten für ein Spottgeld loschlägt und dann erllären muß, daß bei der ganzen Geschichte kein Nutzen für die Fabrikanten mehr herauskomme.

Die Korkeerzeugung der Mittelmeerländer. Gegenwärtig, so liest man im „Prometheus“, ist die Korkeerzeugung am stärksten auf der Iberischen Halbinsel, wo in Portugal 300 000 Hektar und in Spanien 250 000 Hektar Landes mit Korkeichen bestanden sind. Dem schließt sich Alger mit 280 000 und Italien mit nur noch 80 000 Hektar an, während Frankreich, Griechenland, die Türkei und Kleinasien weniger umfangreiche Korkeichwälder besitzen. Besonders bedauerlich ist der Rückgang der Korkeproduktion für Italien, welches nur noch jährlich 40 000 Zentner im Werte von kaum einer Million Franks ausführt, während Spanien 328 000 Zentner im Werte von 34 Millionen produziert. Nur noch Sizilien und Sardinien können sich mit nennenswerten Riffen an dieser Produktion beteiligen, während die früher beträchtlichen kalabrischen Korkewälder den Kohlenbrennern zum Opfer gefallen sind. Das ist um so bedauerlicher, als der kalte vulkanische Boden Italiens die beste Unterlage für die Kultur von Korkeichen liefert, deren Stämme von ihrem dreißigsten Jahre an alle sieben Jahre geschält werden konnten.

Ein „inhaltsreicher“ Bericht über die Lage der Korkeindustrie in Spanien geht der „Korke-Industrie-Zeitung“ von dort zu. Derselbe lautet:

„Das Korkegeschäft liegt in ganz Spanien sehr darnieder und in Andalusien lagert eine Unmenge von Korkeholz noch un verkauft. Für die ersten Tage des November ist ein großer Kongreß aller Elemente der Korkeindustrie Kataloniens anberaumt, der darüber beraten soll, in welcher Weise man bei der Regierung ernsthafte Vorstellungen machen und ihre Hilfe verlangen will, um eine durchgreifende Besserung herbeizuführen. Es wird beabsichtigt, eventuell in Gemeinschaft mit Portugal, einen Prohibitivzoll auf Korkeholz zu verlangen, um dadurch das Ausland zu zwingen, an Ort und Stelle Fabriken aufzustellen und dadurch die Arbeitslosigkeit vieler Tausende von Arbeitern zu Ende zu bringen.“

Mit diesem schlimmen Falle muß das Ausland ernstlich rechnen, denn wenn zuerst auch vielleicht das algerische Holz vom Ausland beborzigt würde, so dürften die französischen Korkeholzändler usw. bald das böse Beispiel der Spanier und Portugiesen nachahmen.

Schon lange geht man ja in den Kreisen der maßgebenden Korkeholzändler usw. Spaniens mit diesem Plan um; ich bin aber überzeugt, daß diesmal Ernst gemacht

wird, namentlich, da ja wohl in den Hauptabfahländern, z. B. Deutschland, England, Vereinigte Staaten von Amerika, höhere Eingangszölle auf Korken zu erwarten sind.“

Da haben die nimmermatten deutschen Korkefabrikanten die Beschwerde; sie, die, um die Einfuhr ausländischer Korke zu verhindern, einen geradezu unverschämten hohen Einfuhrzoll forderten, werden nun schieflüchlich ihre Produktion einstellen können, weil das Rohmaterial ausbleibt. Die schlauen Spanier wollen also die deutschen Fabrikanten zwingen, im Lande des Rohmaterials Fabriken zu errichten und die spanischen Arbeitslosen zu beschäftigen. Die in Spanien und Portugal produzierenden deutschen Fabrikanten sind dann so freundlich und gehen an den deutschen Staat einen Einfuhrzoll von M. 30 pro Doppelzentner Korken, d. h. für eine Ware, die sie in ihrem eigenen Vaterlande absetzen wollen. Der Streit, den gegenwärtig die „Gummizeitung“ und die „Korke-Industrie-Zeitung“ wegen der Patentverhältnisse führen, dürfte dann hinsichtlich der Korkefabrikanten selbst geforderten Einfuhrzölle verteuerten Korken werden dann nicht mehr den genügenden Absatz finden und die gesundheitschädlichen Patentverhältnisse werden das Feld behaupten.

Das sind die Folgen einer von kräftestem Egoismus diktierten Interessenpolitik der Korkefabrikanten. Das natürlich auch die deutschen Korkearbeiter darunter leiden müssen, versteht sich am Rande.

Gewerkschaftliches.

Die Ansperrung der Metallarbeiter in Mierlohn hat laut Ausweis die Summe von M. 812 855,09 gekostet. Davon zahlte die Hauptklasse des Metallarbeiterverbandes allein M. 219 300, M. 36 000 brachten die Zahlstellen des Metallarbeiterverbandes aus und rund M. 60 000 sind durch Pisten und andere freiwillige Beiträge aufgebracht worden. Der Kampf dauerte vom 11. April bis 18. Juni. Ausgesperrt waren mehr als 3000 Arbeiter.

Eine skandalöse Denunziation der eigenen Kampfgenossen, lediglich, weil sie mit ihnen „tatsächlich“ einer Meinung, leistet sich die neuwiesche Nummer der „Einigkeit“. Mit Schandern und Behauern vernimmt die gesamte Arbeiterchaft die harten Urteile, welche von den bürgerlichen Gerichten gegen Arbeiter gefällt werden, die aus Temperament oder wegen unzureichender Bildung, für die wahrlich nicht sie die Schuld tragen, im Verkehr mit ihrer Organisation Fernstehenden oder gar derselben Feindlichen nicht die Grenze innezuhalten wissen, welche Gesetz und Sitte im Interesse des Zusammenlebens nun einmal gezogen haben. Wir behauern und berurteilen es immer, wenn Leute sich hinreißen lassen, Unorganisierten mit Drohungen oder gar Schlägen entgegenzutreten; aber wenn wagt nicht das Blut einem Verräter gegenüber und wenn ballt sich nicht die Faust, wenn dieser Verräter, fast schuldlos, hinter Gesetzeparagraphen verschänzt, sein schändes Handwerk im Angesichte der Verratenen weiter ausübt. So begreifen wir wenigstens die Handlungsweise der Leute, die wir verurteilen. Sie bleiben trotz ihrer Verfehlungen in unseren Augen unladelige Ehrenmänner, und wenn bürgerliche Gerichte, welche sie nicht verstehen können, über sie schwere Strafen verhängen, dann bedauern wir sie und meinen, wir wären darin mit der ganzen Arbeiterpresse einig.

Da kommt ein Arbeiterblatt her, die „Einigkeit“, das Organ der lokalorganisierten Gewerkschaften, und nimmt den zuletzt vorgekommenen Fall des Maurers Machate in Breslau her, um nach Art der „Post“ und ähnlicher Blätter gegen die zentralorganisierten Gewerkschaften zu hetzen. Machate wurde zu der fürchtbaren Strafe von ein und ein halb Jahren Gefängnis verurteilt, weil er zwei nicht organisierte Maurer zum Eintritt in die Gewerkschaft aufgefordert hatte. Er war ihnen dabei auf den Leib gerückt, hatte gedroht, daß die organisierten Kollegen nicht mit ihnen zusammen arbeiten würden, und soll einen von ihnen dabei auf die Beine getreten haben. — Dafür das harte Urteil von ein und ein halb Jahren Gefängnis!

Ein Schrei des Entsetzens ging durch die ganze Arbeiterpresse über dieses Urteil; in der „Einigkeit“ findet dieser Schrei keinen Wiederhall! Kein Wort des Tadelns wird laut gegenüber den Unorganisierten, welche sich der Vereinigung ihrer Kollegen zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen fernhielten! Dafür aber schandiert man der Scharfmacherpresse und beschuldigt schlankweg, Einzelfälle verallgemeinernd, für die man noch nicht einmal einen Beweis erbringt, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisationen des schlimmsten Terrorismus!

So heißt es in dem betreffenden Artikel: „Es ist in letzter Zeit mehrfach und gemeldet, daß einzelne fanatisierte Verbändler, aufgeregt durch die Schimpfereien und Hebereien gewisser gewissenloser Preßbanditen und heberischer Agitatoren an Mitglieder der der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ angeschlossenen Organisationen herantreten und sie durch Bedrohung mit Gewaltmaßnahmen oder mit Bogtötterung zwingen wollen, den Verbandsorganisationen beizutreten oder mindestens Beiträge für die verbändlerischen Organisationen zu zahlen oder ihre Marken zu kaufen, und es versuchen und teilweise es auch erreichen, sie aus der Arbeit zu vertreiben, wenn sie diesen Zweck nicht erreichen.“

Über die lokalorganisierten Arbeiter, die wir übrigens vernünftiger einschätzen, als in diesem Falle ihre Funktionäre verfahren, werden auch unter gewissem Umständen zur Denunziation bei den Behörden aufgefordert:

„Wenn nun dennoch aus mehreren Orten, die wir hier nicht nennen, fortgesetzt solche Schikane gegen unserer Zentralisation angehörige Genossen gemeldet werden, so nehmen wir wohl nicht falsch an, daß die Verbändler beabsichtigen, durch diese wirtschaftliche Schädigung unserer Genossen diese zu einem unüberlegten Abwehrlauf zu reizen, sie zur Verzweiflung durch Arbeitslosigkeit zu treiben und zu veranlassen, die Sache der Staatsanwaltschaft anzuzeigen, um dann einen Agitationsgrund gegen unsere Organisationen zu erhalten, indem man sie als Denunzianten hinstellt. Wir bitten unsere von den Verbänd-

fanatikern so gemißhandelten Genossen also, solange sie sich noch anders helfen können — und das wird ihnen doch in der Regel nicht schwer sein —, diesen Schritt nicht zu unternehmen, sondern in dem rohen und unfolgerichtigen Verhalten der Fanatiker nur die Wirkung der Verrohung zu erblicken, die die Verbandsziehung verschuldet hat, sich um so enger an unsere Organisationen anzuschließen und selbst unter allen Umständen, auch wo sie in der Mehrheit sind, solch gefährliches, unwirksames und nutzloses Verhalten zu vermeiden.“

Also nur „so lange sie sich noch anders helfen können“, sollen die lokalorganisierten die Denunziation von Kollegen unterlassen; wann sie das nicht mehr können, wird ihrem Urteile überlassen. Und dann tröstet man sie noch:

„Das Verfahren ist eben gefährlich, denn der rohe Patron, der seine Kollegen mit Arbeitslosigkeit bedroht, setzt sich der Gefahr aus, schmer bestraft zu werden, wenn, auch ohne daß eine Strafangeige erfolgt, die Behörde von solchem Benehmen Kenntnis erhält; denn der Fall wird auch von Amtswegen verfolgt.“

Diese schonele Denunziation von Arbeitsbrüder bei den Scharfmachern und Behörden, die Aufforderung, die Klassenjustiz auf unliebame Kollegen zu heben, steht in einem — Arbeiterblatt! Sie steht in einem Organ, das sich immer noch bis jetzt damit gerührt hat, den Klassenstandpunkt schärfer zu vertreten, als irgend ein anderes Gewerkschaftsblatt!

Ein Arbeiterblatt trägt Material herbei zu Rußhausvorlagen!

Ist Unerhörteres schon in der Arbeiterbewegung geschehen?

Wir können nur die Worte auf diese Handlungsweise anwenden, welche die „Einigkeit“ selbst den zentralisierten Gewerkschaften gegenüber gebraucht:

„Was zu welcher Borniertheit muß man gekommen sein, wenn man solche Mittel anwendet, mit welchen man sich selbst nur schädigen und nie etwas erreichen kann.“

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ein Urteil, welches verdient, in den weitesten Kreisen bekannt zu werden, wurde vom Konstanzer Schöffengericht gefällt. Der Tatbestand war folgender: Ueber die Firma A. Luz, Möbelfabrik, Kreuzlingen (Schweiz), liefen im vergangenen Winter fortwährend Klagen über schlechte Löhne bei der Zahlstelle Konstanz ein. Die Verwaltung sah sich daher veranlaßt, gegen dieses Geschäft Maßregeln zu ergreifen. Weil die Verwaltung aus Erfahrung wußte, daß bei Herrn Luz auf gültlichem Wege nichts zu erreichen ist, beschloß eine Mitgliedereversammlung über diese Fabrik die Sperre zu verhängen. Die Veröffentlichung derselben sollte durch Plakate erfolgen. Der Bevollmächtigte Carl Weller wurde beauftragt, dies auszuführen. Die Plakate hatten folgenden Wortlaut:

Achtung, Schreiner! Die Möbelfabrik A. Luz, Kreuzlingen, ist wegen Zahlung schlechter Löhne und wegen Maßregelung derjenigen Kollegen, welche sich dagegen aufzulehnen wagten, gesperrt.“

Wegen dieser Behauptung strengte Luz eine Verleumdungsklage gegen Weller, als den Verfasser und Verbreiter der Plakate, an. In der am 21. Oktober stattgefundenen Verhandlung beim Konstanzer Schöffengericht wurde der Beklagte zu vier Monaten Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt, Nebenbei Publikation des Urteils in sechs Zeitungen. Aus welchem Geiste dies Urteil geboren wurde, geht aus der Begründung hervor. So sagte der Vorsitzende, Herr Oberamtsrichter Schindler, unter anderem: „Die Bekanntmachung der Sperre wäre an und für sich nichts Schlimmes, denn ein vernünftiger Mensch gibt darauf doch nicht acht, aber man muß bedenken, daß diese Plakate für Arbeiter berechnet waren, die alles glauben, was ihnen in den Versammlungen erzählt wird.“ Verurteilung ist eingelegt. Alle Kollegen, welche in den Jahren 1902 und 1903 bei A. Luz, Kreuzlingen, gearbeitet haben, werden gebeten, ihre Abreißer Nr. 9, 2 St., einzusenden.

Briefkasten.

* Eine Anzahl Berichte, ein Eingekannt aus Ebing sowie mein Agitationsbericht aus dem 1. Gau mußten leider wegen Raumangels zurück bleiben. A. H.

Munichsdorf, H. Was Sie mitteilen, war doch wohl nicht das Wichtigste aus der Versammlung. Die Zahl der Genossen, die den Staat zu retten vermeinen, ist sehr groß, und der dort herrscht es besonders gut; hoffentlich hat das jeden kühl gelassen bis ans Herz.

Hamburg, W. St. Sie können ein solches Werk von B. J. Voigt in Leipzig erhalten durch Vermittlung unserer Expedition.

Cöthen, J. Wenden Sie sich an Herrn Friedrich in Wilsdruff i. Sachsen.

Sangerhausen, B. Ja, die Frau ist versicherungspflichtig; der Gutbesitzer muß, wenn er versäumt, dieselbe anzumelden und die Beiträge zu zahlen, für sämtliche Kurkosten aufkommen.

Lachendorf, F. W. Es ist nur eine lokale Süßlaffe.

Silberfeld, A. M. Sie wünschen zu wissen, wo Holz-einlagen oder Einlegepläne und ferner, wo Vertinuttspläne mit einem Loch zu beziehen sind? Vielleicht antwortet jemand, der es weiß.

??? B. Frage 1. Können wir Ihnen nicht sagen. 2. In Preußen. 3. Gar keine; sie erhalten (aber nicht alle) ganz minimale Zehrkosten, theilweise auch Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst.

Berlin, F. B. Wenden Sie sich beschwerdeführend an die Verwaltung.

Frankenthal, W. K. Machen wir nicht; was denkst Du, lieber Freund, daß ich in Deufels Garfische; mindestens 3 Monate Rütchen; schmeiß den Deutschen aus und meidet jeden Verkehr mit ihm; das ist die beste Strafe.

Berlin, F. B. Darüber kann Ihnen Kollege C. Klingner in Berlin am besten Auskunft geben; derselbe ist feinerzeit in St. gewesen.

Berichtungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 A.)

Altona. Mittwoch, 11. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn B. Christianen, Blumenstr. 41. Tagesordnung: 1. Soll die Sperre bei Föhne & Witte aufgehoben werden? 2. Verschiedenes.

NB. Wir machen die Kollegen nochmals auf unser am Sonntag, den 7. November, in den „Blumenfäden“ stattfindendes Wintervergügen aufmerksam.

Böhm. Samstag, den 14. November, bei Herrn Creigel, Wollentmarkt 87 n: Wissenschaftlicher Vortrag.

Düsseldorf. Dienstag, den 10. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bergerstraße 8.

- Sektion der Möbelschreiner. Samstag, den 7. November, Abends 9 Uhr, bei Erlinghagen, Cölnstr. 28.

- Sektion der Stellmacher. Jeden ersten Samstag im Monat, Abends 8 1/2 Uhr, bei Georg Fischer, Adlerstr. 44.

Frankfurt a. M. Sektion der Parfettleger. Dienstag, 10. November, Abends 8 Uhr, im „Rebstock“, Kruggasse 4. Arbeitsnachweis jeden Abend bei Siegle, Trierscherplatz.

Gesellschaft. Sonnabend, den 7. November, Abends 8 Uhr, bei Herrn F. Petersen. Tagesordnung: 1. Kartellbericht. 2. Verschiedenes.

Halberstadt. Sonnabend, 14. November, bei Krankemann, Westendorf 25.

Hamburg. Sektion der Drechsler. Sonnabend, den 7. November, bei v. Salzen, Caffamacherreihe 17. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Die Invalidenversicherung“. Referent: Reichstagsabg. F. Lesche. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Darmstadt. Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung bei A. Etting, Viehfrauenstr. 37. Umgehungen verboten.

Oldestoe. Vom 15. August ab befinden sich unsere Herberge und Verkehrslokal im Gewerkschaftshause, Segebergerstraße 84. Die Reisenden sowie die auswärtigen Kollegen bitten wir, dies beachten zu wollen.

Berlin.

Achtung, Holzarbeiter!

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen, Alexanderstraße 31, ist streng zu meiden.

Zentral-Arbeitsnachweis

der Holzarbeiter aller Branchen wie Tischler, Pianofortearbeiter, Drechsler, Stellmacher, Bürstenmacher, Korbmacher, auch für Stockarbeiter, Jaloufiarbeiter, Rahmenmacher, Perlmutterarbeiter und Kammacher befindet sich **Engel-Hfer 15,** Gewerkschaftshaus, Zimmer 11.

Dieselbst auch Auszahlung der Reiseunterstützung und Herberge.

Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich. Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Verwaltungsstelle Dresden.

Von der Verwaltungsstelle Dresden soll ab 1. Januar 1904 noch ein Kollege angestellt werden, der gleichzeitig als Gauborstand zu fungieren hat. Derselbe muß befähigt sein, eine agitatorische und organisatorische Tätigkeit zu entfalten, mit der Gewerkschaftsbewegung und den Geschäften der Gau- wie Ortsverwaltung unseres Verbandes vertraut sein. Die Anstellung erfolgt gegen eine vierteljährliche Stundlohnung bei einem Gehalt von M. 150 pro Monat.

Bewerbungen mit Angabe über jetzige Tätigkeit innerhalb unseres Verbandes sind bis zum 20. November an das Bureau der Verwaltungsstelle, Ritzbergstraße 2. 1. Etage, Zimmer 1, mit dem Zeichen „Gauborstand betreffend“ einzureichen.

Die Ortsverwaltung.

Um die Adresse des Kollegen Alfred Blommer (Buch-Nr. 33883), welcher das Geld für 47 Beitragsmarken noch nicht abgeliefert hat, wird gebeten.

Die Ortsverwaltung Einbeck. J. A.: F. Hanisch, Lieberstr. 23, 1. Et.

Aufforderung.

Der Kollege Wilhelm Matthies aus Ebersfeld (Buch-Nr. 184896) wird hierdurch aufgefordert, das Geld für die acht verkauften Eintrittskarten vom diesjähr. Stiftungsfest an Unterzeichneten einzulösen. W. war zuletzt in M.-Glabbach in Arbeit.

Die Ortsverwaltung Dortmund. J. A.: R. Strahmann, Debolm., Kirchenstr. 5.

Herr Huss, Tischlergeselle, vom September bis Oktober b. J. in Bismarck in Stellung, wird höflichst gebeten, seinen Aufenthalt dem Holzwarenfabrikanten Max Rämmler in Marbach b. Leubsdorf i. S. gefälligst anzugeben behufs geschäftlicher Besprechung.

Kollege Arthur Hiebel, Ström., sende Deine Adresse sofort an Gast. Klötting, Ebersfeld, Postamp 88, 1. Et.

Aufgebot.

Der Rechtsanwalt Löbbing in Greifswald hat beantragt, den verstorbenen Tischlergesellen Friedrich Wilhelm Christian Mehl, zuletzt wohnhaft in Boitz, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verstorlene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf den 20. Mai 1904, Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, wibrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben und Tod des Verstorlenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen. Boitz, den 15. Oktober 1903. Königlichches Amtsgericht.

Suche zu sofort drei tüchtige Tischlergesellen auf weiche Arbeit.

Rud. Rath, Tischlermeister, Lübbechen i. M. (Bahnhafion Prizir).

Für meine Holzwarenfabrik wird ein tüchtiger, energischer

Werkmeister,

welcher schon solchen Posten inne hatte, gesucht. Derselbe muß mit der Leitung einer solchen Fabrik vollständig vertraut und im Holzverkauf bewandert sein. Gute Bezahlung und dauernde Stellung. Offerten unt. D. 920 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Nürnberg.

Zur Leitung der Werkstätte einer Glaserei, Tischlerei und Einrahmerei wird ein tüchtiger, junger Werkführer, der deutschen und französischen Sprache mächtig, gesucht. A. Bandinet, Metz.

Tüchtige Schreiner zum sofortigen Eintritt gesucht für dauernde Arbeit.

G. Mootz & Co., Tischfabrik, Alingenmünster (Rheinpfalz).

Suche noch einen Schreinergehilfen auf dauernde Beschäftigung.

Ernst Malsch, Schreinermeister, Wernshausen (Werrabahn).

6-8 tüchtige Möbeltischler finden dauernde Beschäftigung bei hohen Akkordpreisen. Carl Pöppel, Möbelfabrik, Schönlanke.

Tüchtige Hakenbieger auf Cornel etc.,

sowie geübte Polierer auf Naturstoffe, finden dauernde Beschäftigung in der Stockfabrik von Johann Hau, Bürger-Offenbach a. M.

Stuhlbaner und Polierer

werden gesucht. Offerte unter M. 98 an die Expedition d. Blattes.

Ein tüchtiger Polierer auf Polstergefelle gesucht. Dauernde Stellung.

Chr. Keimath, Augsburg.

Jüngerer, sol. Dreher auf Cellulosewaren findet dauernde und gut bezahlte Stellung. Angebote u. Sch. W. 95 an die Exp. d. Bl.

Stuhlmacher, die nach Zeichnung arbeiten können, sofort gesucht. Otto Schlegel, Hannover, Delgenerstr 15a.

Korbmacher auf Großgeschlagen u. Deckelkörbe per sofort gesucht bei hohem Akkordlohn. Sibirischer Korbwarenfabrik, Karl Handmann, Sibirach-Niß (Württbg.).

4-5 Korbmacher auf Fischkörbe gesucht. Gerd. Barre, Brehmstraße 55, bei Logredt-Geestemünde.

Korbmacher auf Großgeschlagen finden dauernde Beschäftigung bei Carl Apelt, Korbfabrik, Wühlberg a. d. Elbe.

Ein solider Korbmachergehilfe (Geschlagenarbeiter) sofort gesucht. Fr. Hühnemann, Magdeburg, Schönefeldstr. 18.

Gesucht sofort 5 Leute auf grüne gemaltete Arbeit. J. M. W. Heitmann, Hamburg.

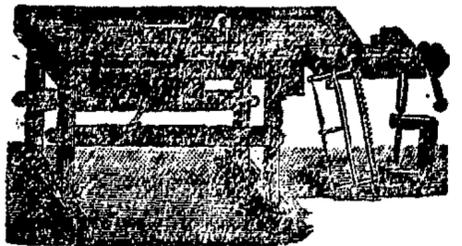
Mehrere Bürstenmacher auf Besen und Mischen gesucht. Besen ohne Auspuhen und Beschneiden M. 1,20. Herm. Schade, Lippstadt.

Tüchtiger Bürstenmacher für alle Arbeiten gegen hohen Lohn gesucht. Arnold Abraham, Trier, Neustr. 89.

Ein Bürstenmachergehilfe findet Stellung bei C. G. Heising, Wilhelmshaven.

Tüchtiger Bürstenmacher gesucht für alle vorkommenden Arbeiten, auch Bohren. Dauernde Stellung. Hermann Bau, Ghrith.

Geschäftsanwesen mit gangbarer Schreinerei und Möbelhandlung zu verkaufen. Ang. M. 2000. Auskunft erteilt Günther, „Zum Flug“, Forzheim (Baden).



Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.

Titus Axen, Altona. Preislisten gratis und franko.

Aufklärende Schriften!

zur Anschaffung sehr empfohlen:

Nieuwenhuis, Die Bibel, ihre Entstehung und Geschichte, 98 Seiten broch. 40 A.

Nieuwenhuis, Der Gottesbegriff, seine Geschichte und Bedeutung. 80 S. broch. 40 A.

Lütgenau, Jesuitenfrage, 84 S. 20 A.

Stomke's Städtebuch, Reiseleiter durch Deutschland u. ang. Länder mit Eisenbahn- und Wegkarte, geb. M. 1,20, Porto 20 A.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und von G. Stomke's Verlag, Viefelsch.



Tischlerwerkzeuge Ia.

Anerkannt das Beste, was in dieser Branche nur geliefert werden kann, fabriktiert und hält auf Lager H. Himstedt, Hamburg, Lange Mühren 86/87. Preislisten a. Wunsch. Diensten. (Geringe, sog. Badenware führe ich nicht.)

Geld verdienen

Können Sie, wenn Sie Ihren Bedarf in Harmonien Columbia-Platten und anderen bei uns beden. Unsere Concert- u. Harmonien mit geschäftlich geschätzten Klängen, 25 cm hoch, mit 10 Zehen, 2 Register, 2 Bässen, 2 dreistimmigen Harfen Doppelbässen, Cembalonen, Zuhörern, Harfen besten Stimmen, offener Klavierkasten, hoher härtester Ton, kosten in 2 Stüde bis M. 4,50, 3 Stüde M. 6,00, 4 Stüde M. 7,50, 5 Stüde M. 11,00, 6 Stüde mit 19 Zehen, 4 Bässen 9,50, mit 21 Zehen M. 10,00. Mit besserer Zeeemantel-Einrichtung 80 Pfg. mehr, mit Glase 80 Pfg. extra. Verlang gegen Nachnahme, Porto 80 Pfg., Selbstlernschule gratis. Kein Risiko, Austausch oder Geld zurück, ausfallen. Qualitätspreisliste gratis und franko. Bestellen Sie nur bei



Herfeld & Co., Neuenrade No. 426, Westfalen. Täglich größte Harmonikfabrik am Rago.

Herfeld & Co., Neuenrade No. 426, Westfalen. Täglich größte Harmonikfabrik am Rago.

Feinstes Pflaumenmus

aus erster Hand.

Rübel 30-60 Pfd. Inhalt, pro Jtr. M. 14,-

Fässer 100 " " " " " 14,-

2/300 " " " " " 13,-

Emaille-Eimer 25 Pfd. Inh., pro Stck. " 4,50

Post-Blechimer 9 " " " " " 2,-

offertiert ab Magdeburg (unfrankiert) gegen Nachnahme

Herm. Henschke, Magdeburg 12, Fahlcksberg 19.

Musfabrik mit elektrischem Betrieb.

Tischler-Fachschule Detmold

Drei- u. sechsmonatl. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36

Fabrik chemischer Produkte.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachttvolle Farbentöne, sofort trocken.

Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Politur-Extracts sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Patent-Politur zumReinpolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelauerschlagen.

Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Ware zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flinststeinpapiere sind überall gelobt, da zähs und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswert und von ff. Qualität.

Paul Horn liefert Ia. rectificierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.

Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889“

Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889

Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Verlag: A. Hölke, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., beide in Hamburg